



KIT in Finanznot – Sind wir wirklich pleite?

In diesem UMag

Editorial.....	3	Interview mit der neuen Queer-Referentin	16
Impressum	2	„70 % sind gegen Studiengebühren“	18
Kurz notiert – Der UStA-Newsticker	4	„Das Ding heißt natürlich Ka-I-Te“ – Präsidium im Gespräch	20
Mehr Geld vom Staat – BAföG-Erhöhung.....	6	Hochschulgruppen stellen sich vor	22
Was lange währt... – Kommentar zur BAföG- Erhöhung.....	6	Deine Stimme ist gefragt – StuPa-Wahlen im Januar	23
Eure Krankenkasse will bald mehr Geld.....	7	Nix zu verschenken – Studiengebühren- Verwendung.....	24
Das Klima wird besser.....	8	Gebührenfreunds Märchen	25
20 Jahre Unitheater – ein Rückblick	9	Aufruf zur Bildungsgebühren-Demo	26
Auf einem Auge blind.....	10	UStA-Kulturkalender	27
Was ist eigentlich ... die VS?.....	11	SuDoKu	28
Titelthema: KIT – Elite, Macht und Geld	12		
Unsere Neuen stellen sich vor	16		

Für die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft mit
Finanz- und Satzungsautonomie sowie politischem Mandat!

Impressum

Das UStA-Magazin ist ein Organ der Unabhängigen Studierendenschaft der
Universität Karlsruhe.

Unaufgefordert eingesandte oder vorbeigebrachte Artikel sind herzlich willkommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der AutorInnen wieder.

Finanziert wird dieses UStA-Magazin durch UStA-Beitragsmarken, erhältlich beim
UStA oder eurer Fachschaft.

Herausgeber:

UStA Universität Karlsruhe
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe

Tel.: 0721 608-8460 (bis Ende 2010)
0721 608-48460 (ab 2011)

Web: <http://www.usta.de>

E-Mail: umag@usta.de

V.i.S.d.P.: Anselm Laube

Redaktion:

Layout: Andreas Wolf
Druck: Studierenden Service Verein
(SSV)

Auflage: 1000 Exemplare

Titelbild: Manuela Popp

Fotos: Flickr, stock.xchng

Newsletter

Du möchtest immer über die neu-
esten Aktivitäten und Aktionen des
UStA auf dem Laufenden sein?

Dann kannst Du Dich in unseren
Newsletter (news@usta.de) eintragen.

Themen des Newsletters sind bei-
spielsweise:

- Termine für Veranstaltungen, Feste
oder Aktionen
- Aufrufe zur Mitarbeit (Helfer für die
Feste, Jobs im UStA/SSV, Teilnahme
an Aktionen)
- Pressemitteilungen des UStA

Anmelden kannst Du Dich auf unserer
Homepage

<http://www.usta.de/newsletter>

Liebe KommilitonInnen, liebe FreundInnen des UStA, liebe LeserInnen,

seit dem Erscheinen des letzten UMag im Juli ist leider viel zu viel Zeit vergangen. Zeit, in der wir versucht haben, zu ergründen, wo die so oft beschworenen und in höchsten Tönen gepriesenen Vorteile des KIT denn nur versteckt sein könnten. Zeit, in der wir auf Anrufe aus dem Präsidium gewartet haben, in denen man uns nach unseren Konzepten, Visionen und Ideen zum KIT-Prozess gefragt hätte, oder aber zumindest zu der Umgestaltung der Struktur von Studium und Lehre eine Meinung einholen würde. Zeit, in denen das durch die Umstellung auf die kaufmännische Buchführung angeblich erst jetzt entdeckte Millionenloch im KIT-Haushalt von Woche zu Woche stieg und nicht zuletzt Zeit, in der uns immer stärker klar wurde, dass die Zusagen des Präsidiums, uns frühzeitig in alle relevanten Entscheidungsprozesse einzubinden und unsere Stellungnahmen dann auch ernst zu nehmen, allzu ernst nicht zu nehmen sind. Kurz gesagt: Wir sind ernüchtert!

Offensichtlich ist die komplette Struktur des Hochschulsystems in Baden-Württemberg falsch aufgebaut. Nicht nur, dass wir keine Verfasste Studierendenschaft haben, oder im KIT-Gründungssenat nur 3 von 57 VertreterInnen stellen. Die Hierarchisierung und Entdemokratisierung der Hochschulen hat Züge angenommen, die mittlerweile selbst stark konservative ProfessorInnen zu Revoluzzern

machen. Die Universität muss Quelle von Geist und Visionen sein, hier wird nicht Stoff vermittelt und Studierende ausgebildet, sondern es soll dazu animiert werden, sich zu bilden, die Studierenden sollen lernen, sich zu bemühen, selbstständig zu arbeiten und, das wichtigste, selbstständig zu denken. Das alles ist mit den kommerzialisierten Hochschulen der Gegenwart, oder, zumindest in den Köpfen mancher, der Zukunft, nicht machbar.

Der UStA fordert die sofortige Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft und die Abschaffung der Bildungsgebühren, zu denen auch die Verwaltungsgebühren der Universitäten und Studiengebühren in Weiterbildungsstudiengängen gehören. Wir fordern einen radikalen Umbau der Hochschulen zurück zu einer demokratischen Einrichtung. Wettbewerb statt Zusammenarbeit schadet den Universitäten und Studierenden. Statt Elite möchten wir gute Bildung für alle. Aus diesen Gründen unterstützt der UStA die Kampagnen des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und der LandesAStenKonferenz zur Landtagswahl und wird am 26.01.2011 eine bundesweite Demonstration gegen Bildungsgebühren in Karlsruhe ausrichten. Steht auf und mischt euch ein!

Doch auch noch anderes ist in den letzten Wochen passiert, über das wir euch in diesem UMag infor-

mieren möchten. Das UStA-Team ist um drei Personen gewachsen: Jens Senger hat von Ute Schlegel das Finanzreferat übernommen, dass sie dankenswerterweise ein halbes Jahr kommissarisch betreut hat. Viri Alcántara besetzt das neu geschaffene Queer-Referat und wird künftig auch eine Beratung zu allen queer-Fragen anbieten. Peter Bergmann ist als Kultur II künftig für die Organisation des Unifests verantwortlich.

In der Zeit vom 06. bis 09.12.2010 wird der UStA vor dem AKK einen Weihnachtsmarkt mit Informationsständen und einer Livebühne veranstalten. Wenn du uns dabei unterstützen möchtest, als StandhelferIn, MusikerIn oder SchauspielerIn melde dich bitte (info@usta.de).

Nicht zuletzt möchten wir euch darauf aufmerksam machen, dass vom 17.-21.01.2011 die jährlichen Wahlen zum U-Modell stattfinden werden, bei denen ihr das Studierendenparlament, eure FachschaftsvertreterInnen, die AusländerInnenreferentIn und die Frauenreferentin wählen könnt. Da aber Wahl etwas mit Auswahl zu tun haben sollte, seid ihr alle aufgefordert, euch selbst zu bewerben und mit dem Einreichen eigener Wahlvorschläge oder der Kandidatur auf bestehenden Listen das hochschulpolitische Leben im nächsten Jahr bunter zu gestalten.

Bis bald, euer UStA

Das U-Modell im Web 2.0



Twitter-Account des UStA: @UStA_Uni_KA
Twitter-Account des StuPa: @StuPa_Uni_KA



Der UStA bei Facebook:
<http://www.facebook.com/pages/UStA-Uni-Karlsruhe/267155943452>



Die News von unserer Homepage als RSS-Feed:
<http://www.usta.de/feed>

Kurz notiert



In den nächsten Jahren laufen sukzessive die Diplom-Studiengänge an der Universität Karlsruhe aus. Nach Auslaufen der Prüfungsordnung gibt es für die betreffenden Studierenden keinen Prüfungsanspruch mehr, sie können ihr Studium also danach nicht weiter fortsetzen. Weitere Infos dazu bekommt ihr bei eurer Fachschaft.

Der UStA sucht eine/n Außenreferenten/-in. Wenn Ihr also Spaß am Reisen habt und gerne die Studierendenschaft bei landes- und bundesweiten Treffen vertreten und den Kontakt zu anderen Studierendenschaften pflegen wollt, meldet Euch bei uns.

Ab Januar 2011 bekommt das KIT neue Telefonnummern. Die Telefonanlagen von Forschungszentrum und Universität werden zusammengelegt, damit ändern sich auch alle Durchwahlen: Vor die Durchwahlen der Universität wird eine 4 gesetzt, vor die des FZK eine 2. Der bisherige Rufnummernblock 0721-608 bleibt erhalten.

Damit ist der UStA zukünftig unter 0721-608-48460 erreichbar (statt bisher -8460)

Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK) hat dieses Frühjahr eine Ausschreibung "Studienmodelle unterschiedlicher Geschwindigkeit" gestartet. Bei dieser Ausschreibung haben die Universitäten in Karlsruhe und Stuttgart mit dem gemeinsamen Konzept für das "MINT-Kolleg Baden-Württemberg" gewonnen. Hierzu wird jetzt eine Kommission eingerichtet, die die Entwicklung begleiten wird. Wir halten euch darüber auf dem Laufenden.

Mitte Oktober kommt der UStA einen Neuzugang in seiner Fahrzeugflotte begrüßen. Gleichzeitig wurde sein Vorgänger in den wohlverdienten Ruhestand geschickt, so dass Euch weiter zwei "große" und ein "kleiner" Sprinter für Umzüge und andere Fahrten zur Verfügung stehen. Herzlich Willkommen, Babysprinter!

Seit Anfang September hat der UStA neue internationale Studentenausweise (ISIC) im Angebot. Diese gelten wieder bis Ende 2011 - wenn ihr also einen Auslandsaufenthalt plant, kommt demnächst an der UStA-Theke vorbei. Ihr braucht neben 12 € ein Passbild, eure FriCard/KIT-Card und eine Studienbescheinigung.

In diesem Wintersemester haben 4.907 ErstsemesterInnen ihr Studium am KIT aufgenommen. Damit studieren jetzt 20.773 KommilitonInnen und Kommilitonen hier. Herzlich willkommen an alle Erstis!

Das Sprachtandem des Studentenwerks bringt Studierende und WissenschaftlerInnen zusammen, die sich gegenseitig in ihrer Muttersprache unterstützen wollen. Das Studentenwerk Karlsruhe vermittelt kostenlos den Kontakt. Der Tandemsprachwunsch kann entweder persönlich im International Student Center (Info-Center im Mensafoyer) oder unter www.studentenwerk-karlsruhe.de/tandem.php abgegeben werden. Dazu gibt es internationale Abende, wo deutsche und ausländische Studierende ihren Sprachpartner kennenlernen können. Weiter Informationen im International Student Center ([isc\(at\)studentenwerk-karlsruhe.de](mailto:isc(at)studentenwerk-karlsruhe.de)). Außerdem gibt es am 10.11 einen deutschen Sprachabend, an dem ihr eure Deutschkenntnisse verbessern und üben könnt. Ein entspannter Abend, um euch über Land, Kultur und Traditionen zu unterhalten. Der Sprachabend findet im ISC statt.

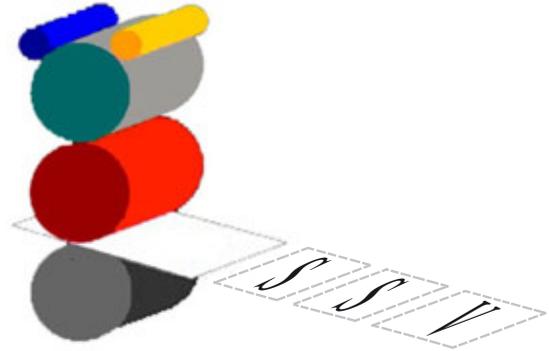
Wie jedes Semester gibt es auch in diesem wieder eine neue Beitragsmarke. Sie kostet wie immer vier Euro und ist an der UStA-Theke erhältlich. Mit dem Kauf der Beitragsmarke unterstützt ihr die Arbeit eurer Studierendenvertretung, unsere Beratungsangebote, die Sozial- und Kulturarbeit und noch viele andere Angebote von Studis für Studis.

Seit Sommer hat der UStA eine neue Homepage. Nach dem Umstieg auf ein modernes Content-Management-System können wir Euch jetzt noch schneller und besser mit aktuellen Infos versorgen. Also schaut mal vorbei auf www.usta.de!

Seit gut einem Jahr läuft inzwischen das Projekt zur Ablösung der alten Studierenden-Verwaltungs-Software der Firma HIS. Inzwischen wurden die ersten Komponenten des neuen Systems der Karlsruher Firma CAS aktiviert. Um die Begleitung des Projektes kümmert sich ein eigener Arbeitskreis des StuPa. Erreichbar sind die fünf Leute für eure Fragen und Anregungen unter [cms\(at\)usta.de](mailto:cms(at)usta.de)

Plakate, Pinsel, Kleister, Einkaufswagen...und wohin damit? Damit ihr beim Plakatieren für eure Veranstaltungen keine Säulen verpasst, gibt es hier eine neue Version unseres Plakatiersäulenplans für den Campus: <http://www.usta.de/wiki/Plakatieren>

DruckerIn gesucht



Voraussetzungen:

- Interesse an Druck & Druckweiterverarbeitung
- Selbstständiges Arbeiten
- Flexibilität
- Kundenorientierung

Einarbeitung
ist gewährleistet

Lohn:
9,38 Eur/h

Interesse?
Ruf an oder komm im
UStA vorbei!



Studierenden Service Verein
Karlsruhe e.V.

druckerei@usta.de
Telefon: 0721 / 608 - 8460
Fax: 0721 / 608 - 8470

BAföG-Novelle beschlossen

Mehr Geld vom Staat

von Manuela Lemmer

Es ist soweit, der Bundesrat hat der 23. BAföG-Novelle doch noch grünes Licht gegeben. Nachdem Bundestag und Bundesrat im Mai die Änderungen am BAföG verhindert hatten, gibt es nun doch neue Regelungen. Die Änderungen auf einem Blick:

Bedarfssätze

Jeder BAföG-Berechtigte bekommt rückwirkend zum 1. Oktober zwei Prozent mehr Stütze. Das macht im Durchschnitt 13 € mehr im Monat. Dieses Geld bekommt ihr auch, wenn ihr euren BAföG-Antrag vor Oktober gestellt habt.

Der BAföG-Höchstsatz steigt von 648 € auf 670 €.

Freibeträge und Zuschläge

Die Einkommensfreibeträge erhöhen sich um drei Prozent: Eure Eltern können somit, wenn sie verheiratet sind 1605 € anstatt 1555 € verdienen. Neuerdings können auch

eingetragene Lebenspartnerschaften diesen „Ehefreibetrag“ beanspruchen. Nicht verheiratete haben dagegen nur einen Freibetrag von 1070 €. Für jedes Kind können eure Eltern zusätzlich 533 € bzw. 485 € mehr Einkommen haben.

Die Freibeträge für eigenes Einkommen bleiben unverändert: Ihr selber dürft im Monat 400 € brutto verdienen und ein Vermögen von 5200 € auf dem Konto haben.

Der Mietkostenzuschlag ist jetzt unabhängig von den Mietkosten. Dies erspart den Mietkostennachweis, den ihr von nun an nicht mehr mitbringen müsst.

Bei den Auslandszuschlägen hat sich ebenfalls einiges geändert: Diese werden jetzt automatisch halbjährlich angepasst; wer ein ganzes Jahr ins Ausland geht, kann sich also nicht mehr darauf verlassen, die ganze Zeit den gleichen Betrag zu bekommen.

Außerdem wurden die bisher gültigen Zuschläge massiv abgesenkt oder fallen für einige Länder ganz weg – was aber durch die deutliche Erhöhung des Grundbetrages zumindest teilweise ausgeglichen wird.

Jahr	Freibetrag Elterneinkommen	Bedarfssatz der Studierenden	VPI
1991	920 €	100 %	383 € 100 %
1994	971 €	105,54 %	406 € 106,01 %
1997	1033 €	112,28 %	424 € 110,7 %
2000	1161 €	126,2 %	440 € 114,88 %
2003	1440 €	156,52 %	466 € 121,67 %
2006	1440 €	156,52 %	466 € 121,67 %
2009	1555 €	169,02 %	512 € 133,68 %

Entwicklung des BAföG seit der Wiedervereinigung.

VPI: Verbraucherpreisindex (Quelle: Statistisches Bundesamt)

	2009	2006
Eltern	10 % 698 €	13 % 659 €
BAföG	1 % 571 €	1 % 524 €
eigener Verdienst	3 % 964 €	3 % 989 €

Alleinige Einnahmequellen von Studierenden nach Art und Höhe des Einkommens. Der Prozentsatz gibt an, wie viele Studierende jeweils von dieser Einkommensart leben.

	2009	2006
Eltern	87 % 445 €	90 % 448 €
BAföG	29 % 430 €	29 % 376 €
eigener Verdienst	65 % 323 €	60 % 308 €

Finanzierungsquellen von Studierenden 2006 und 2009

Leistungsstipendien werden bis 300 €/Monat nicht mehr in die BAföG-Berechnung mit einbezogen.

Die Rückzahlung

Der Teilerlass fällt weg. Bisher konnte Studierenden, die ihren Abschluss besonders schnell oder sehr gut bestanden haben, ein Teil ihrer BAföG-Schulden erlassen werden. Diese Regelung fällt nun weg. Somit müssen auch besonders gute bzw. schnelle Studenten den geliehenen Teil des BAföG ganz zurückzahlen.

Sonstiges

Anhebung der Altersgrenze für Masterstudierende: Studierende bis 35 Jahre haben im Master Anspruch auf BAföG. Dies gilt leider nicht für den Bachelor, dort ist die Altersgrenze immer noch 30 Jahre.

Als Leistungsnachweis für die Weiterzahlung reicht es, genügend ECTS-Punkte vorzuweisen.

Was lange währt...

Nach langem Hin und Her gibt es jetzt doch mehr BAföG.

von Andreas Wolf

„Na endlich“, wird so mancher gedacht haben, als nach dem ewigen Hickhack um Nationales Stipendienprogramm und BAföG-Erhöhung auch letztere endlich beschlossen wurde. Nach langer Durststrecke gab

es jetzt die zweite Erhöhung binnen zwei Jahren. Grund zum Jubel also, könnte man meinen.

Die Erhöhung greift aber viel zu kurz, das BAföG liegt immer noch viel zu niedrig für den tatsächlichen Bedarf, den das Deutsche Studen-

tenwerk mit seiner Sozialerhebung regelmäßig ermittelt. Mit der Anhebung der Altersgrenzen wurde immerhin der Entwicklung zu älteren Studenten, gerade auch im Master, Rechnung getragen.

In der Summe bleibt das 23. BAföG-Änderungsgesetz aber trotz richtiger Ansätze „mangelhaft“. Und das bedeutet Nachsitzen, liebe Bildungs- und Finanzpolitiker. Zu tun gibt es genug!

Durch BAföG-Erhöhung

Eure Krankenkasse will bald mehr Geld

von Heiko Rosemann

Was die Einen freut, ärgert die Anderen: Gesetzlich kranken- und pflegeversicherte Studierende, die nicht familienversichert sind, müssen ab dem Sommersemester 2011 höhere Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zahlen. Der Grund liegt in der Erhöhung der Förderung nach Bundesausbildungsförderungsgesetz (kurz: „BAföG“). Mindestens eine Krankenkasse hat mit Verweis auf diese Erhöhung fälschlicherweise schon ab Oktober 2010 höhere Beiträge fordern wollen. Die uns bekannte Krankenkasse hat den Fehler aber bereits selbsttätig korrigiert.

Für mehr Informationen, was die BAföG-Erhöhung mit den Krankenkassenbeiträgen zu tun hat, ist ein kleiner Exkurs in das deutsche Sozialrecht nötig. Wen nur die Zahlen interessieren, der kann sich in folgender Tabelle schlau machen, die allerdings keine krankenkassenabhängigen Zusatzbeiträge berücksichtigt

Die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung für Studierende berechnen sich aus dem sogenannten Ausgangswert und dem speziellen Beitragssatz für Studierende, der bei 70 % des allgemeinen Beitragssatzes zur Krankenversicherung liegt.

Dieser Beitragssatz beträgt derzeit für die Krankenversicherung 10,43 %. In der Pflegeversicherung fallen 1,95 % plus 0,25 % Zusatzbeitrag (für kinderlose Studierende ab Vollendung des 23. Lebensjahres) an. Insgesamt sind das 12,63 %.

Der Ausgangswert bestimmt sich aus der Höhe der Förderung nach BAföG und ist im Bundesausbildungsförderungsgesetz § 13 festgelegt. Bis

Wann	Beitrag KV	Beitrag PV
10/2010 bis 12/2010	53,40 EUR	11,26 EUR
01/2011 bis 03/2011	55,55 EUR	11,26 EUR
ab 04/2011	64,77 EUR	13,13 EUR

Die Beiträge zur studentischen Kranken- und Pflegeversicherung im Überblick. Alle Angaben pro Monat.

Oktober 2010 betrug der Ausgangswert 512 EUR, zusammengesetzt aus 366 EUR monatlichem Bedarf für Auszubildende an Hochschulen und 146 EUR erhöhtem Bedarf für Auszubildende, die nicht bei ihren Eltern wohnen. Damit ergab sich ein Beitrag von 64,66 EUR pro Monat – 53,40 EUR für die Krankenversicherung und 11,26 EUR für die Pflegeversicherung.

Bei der BAföG-Novelle im Oktober 2010 wurde der Ausgangswert auf 373 EUR plus 224 EUR, zusammen 597 EUR, erhöht.

Die oben genannte Krankenkasse hat nun direkt ab Oktober höhere Beiträge von 75,40 EUR pro Monat berechnet – 62,27 EUR für die Krankenversicherung, 13,13 EUR für die Pflegeversicherung. Das ist nicht korrekt. Da die BAföG-Erhöhung erst nach Beginn des Wintersemesters 2010 beschlossen wurde (wenn auch rückwirkend), kann der neue, höhere Ausgangswert nach dem fünften Sozialgesetzbuch (SGB V) § 236 erst ab dem Sommersemester 2011 zur Berechnung der Krankenkassenbeiträge verwendet werden.

Leider wird voraussichtlich trotzdem bereits zum Januar 2011 der Krankenkassenbeitrag steigen - denn dann steigt der allgemeine Beitragssatz von 14,9 % auf 15,5 %, somit wird auch der spezielle Beitragssatz für Studierende von 10,43 % auf 10,85 % steigen.

Das bedeutet voraussichtlich einen Krankenversicherungsbeitrag von 55,55 EUR pro Monat plus 11,26 EUR pro Monat für die Pflegeversicherung, zusammen 66,81 EUR pro Monat.

Ab dem Sommersemester 2011 wird daraus dann mit dem höheren Ausgangswert ein Beitrag von 64,77 EUR



Foto: lico/stock.xchng

pro Monat für die Krankenversicherung plus 13,13 EUR für die Pflegeversicherung, insgesamt also stattliche 77,90 EUR pro Monat.

Außerdem hat jede Krankenkasse jederzeit die Möglichkeit, pauschale Zusatzbeiträge zu erheben.

Für BAföG-Empfänger eine gute Nachricht: Bekamen gesetzlich pflichtversicherte Studierende außerhalb der Familienversicherung bisher einen Zuschuss von 50 EUR pro Monat für die Kranken- und 9 EUR pro Monat für die Pflegeversicherung, wird dieser Zuschlag nun auf 62 EUR plus 11 EUR erhöht.

Das in diesem Artikel Gesagte gilt für gesetzlich versicherte Studierende, die versicherungspflichtig sind. Studierende über 30 oder mit mehr als 14 Semestern sind im Allgemeinen¹ nicht mehr versicherungspflichtig, können aber (deutlich teurer) freiwillig gesetzlich versichert bleiben. Diese freiwillig gesetzlich versicherten Studierenden sind von der Beitragserhöhung durch die BAföG-Erhöhung nicht betroffen, ebenso wie privat versicherte Studierende.

¹ Unter bestimmten Bedingungen - z.B. eine Krankheit, die länger als drei Monate dauert, Geburt eines eigenen Kindes, Mitarbeit in Hochschulgremien - kann die Versicherungspflicht und damit die günstigere Krankenversicherung verlängert werden.

Klimaanlagen-Umfrage im Sommersemester

Das Klima wird besser

von David Schiebener

Wer schon ein paar Semester an unserer elitären Eliteuni studiert, wird sich sicherlich noch erinnern, dass früher im Sommer viele Hörsäle mit solcher Begeisterung klimatisiert wurden, dass man problemlos die gleiche Kleidung tragen konnte wie im tiefsten Winter. Bzw. tragen musste, denn für die eigentlich angemessene sommerliche Bekleidung waren sie definitiv zu kalt. Vor einem Jahr nahm sich dann der UStA-Ökoreferent der Sache an, suchte und fand den verantwortlichen Oberklimatisierer im Dschungel der Univerwaltung, Herrn Weber, und beklagte das Leid der Frierenden (und die immense Energieverschwendung). Herr Weber freute sich, dass er überhaupt mal Feedback bekam, und ließ sich überzeugen, die Zieltemperaturen in ca. 20 Hörsälen und Seminarräumen um 2-3° C zu erhöhen.

Solch eine eher heuristische Vorgehensweise ist natürlich einer naturwissenschaftlichen Eliteuni unwürdig, und so wurde die Sache in diesem Sommer noch einmal professionell angegangen. Mit hochgradig kompetenter technischer Unterstützung der Fachschaft Elektrotechnik und fleißigen Helfern aus der Grünen Hochschulgruppe hat der UStA in den letzten beiden Vorlesungswochen des Sommersemesters in fast allen wichtigen Hörsälen Umfragen durchgeführt, in denen die gerade anwesenden Studierenden ihre Meinung zur Temperatur, aber auch zur Luftqualität abgeben konnten.

Die Ergebnisse der Umfragen zeigen, dass in den meisten Hörsälen die Temperaturen inzwischen als relativ akzeptabel empfunden wurden, wenn auch tendenziell oft noch etwas zu kühl – richtig schlimm war es offenbar nur im MTI-Hörsaal, über den



Foto: Adrian Bolistony/flickr

wir auch schon dramatische Berichte gehört hatten. Der HSI-Hörsaal wurde als einziger für zu warm befunden.

Große Unzufriedenheit herrschte über die Luftqualität in den Chemie-Hörsälen 1-3 und Criegée, die wir nicht explizit evaluiert haben, da deren Belüftungssysteme sowieso bis zum nächsten Sommer renoviert werden. Im Untergeschoss des Informatikgebäudes, das früher gut als Kühllager geeignet gewesen wäre, werden die Temperaturen noch einmal ein wenig erhöht und sollten dann angemessen sein. Eine Ausnahme davon bildet der ATIS-Poolraum – die regeln ihre Klimatisierung selbst, dementsprechend solltet ihr euch direkt bei ihnen beschweren, wenn ihr von ihrem Frost-Fetischismus betroffen seid.

Herr Weber von der Klimaverwaltung war so begeistert davon, endlich einmal brauchbares Material darüber zu haben, wie zufrieden die Studierenden mit seinen Bemühungen sind,

dass er uns überredet hat, die gleiche Umfrage auch im Winter noch einmal durchzuführen. Das dürfte dann im Januar stattfinden. Wenn ihr Lust habt, mitzuhelfen und euren Lieblings- oder Alptraum-Hörsaal zu evaluieren, schreibt einfach eine Mail an oeko@usta.de. Hier könnt und solltet ihr euch auch melden, wenn ihr der Meinung seid, dass wir bei unserer Umfrage einen Hörsaal mit sehr verbesserungsbedürftiger Temperatur übergangen haben.

Zitate aus der Umfrage

Gerthsen:

- Man fühlt sich wie in den Alpen.
- Ich hätt' gern 'n Eis.
- nicht gut, sondern perfekt
- Besser als bei der Bahn
- einige Forderungen nach Klimatisierung der Bibliothek

HMU:

- Der Temperaturunterschied zur Außentemperatur ist zu groß.

HSI:

- zu schwül, denn der Dampfdruck liegt über 16 hPa
- zu geringe Abkühlung durch Niederschlag
- mehr Vegetation könnte Abhilfe schaffen

Nusselt:

- In der Vorlesung *zensiert* wird die heiße Luft des Dozenten nicht ausreichend gekühlt!

20 Jahre UniTheater – Ein Rückblick

Vor 20 Jahren ist viel passiert. Zum Beispiel wurde Deutschland wieder vereinigt, aber noch viel wichtiger: das UniTheater wurde aus der Taufe gehoben!

Mehrere Theatergruppen der Universität Karlsruhe, z.B. Artdefacto, Deutsch-Römisches Waschbrett, THIMA (Theater Informatik und Mathematik), schlossen sich am 20. Juni 1990 zum UniTheater Karlsruhe e. V. zusammen, um an der Neugestaltung des Studentenhauses mitwirken zu können. Im November 1990 wurde das erste Stück des neu gegründeten Ensembles aufgeführt: „Metrocalypso – Das Leben in der Stadt“, eine Eigenproduktion des UniTheaters Karlsruhe.

1991 wird das Theaterfestival „Theater oder so...!“ ins Leben gerufen und zunächst im Karlsruher Tollhaus veranstaltet. Mit wenigen Pausen wird das Festival bis heute alle eineinhalb bis zwei Jahre veranstaltet, mittlerweile ist man dazu auch in den Festsaal umgezogen. Im Rahmen des Festivals werden neben Produktionen des UniTheaters Karlsruhe jedes Mal auch Gastspiele deutscher und internationaler Theatergruppen (z.B. Nancy, Straßburg, Temeschwar) gezeigt.

Auch neben dem Festival blickt das UniTheater mittlerweile auf zahlreiche Produktionen zurück und erfreut sich in Karlsruhe und Umgebung großer Beliebtheit. Besonders zu erwähnen ist dabei besonders die weit über Karlsruhes Grenzen hinaus bekannten Improtheatergruppe „Schmitz' Katze“.

UNI THEATER

KARLSRUHE E.V.

Eine Institution ist auch der „Offene Theatertreff“, der montags um 19 Uhr stattfindet. Dort können Interessierte während des Semesters einmal wöchentlich unverbindlich Theaterluft schnuppern. Der Offene Theatertreff ist ein beliebter Anlaufpunkt vor allem für Theaterneulinge am Karlsruher Institut für Technologie. Ihr seht also, es gibt genug gute Gründe, das 20-jährige Jubiläum im November ausgiebig zu feiern!

Den Auftakt machte bereits am 11.11.2010 das „Théâtre Universitaire de Nancy“, das in einem Gastspiel in Kooperation mit dem Studentenwerk Karlsruhe Goethes „Urfaust“ auf die

Grußwort des UStA

Der UStA freut sich für und mit dem UniTheater über 20 erfolgreiche Jahre Theater auf dem Campus. Das UniTheater bereichert die Kulturlandschaft an unserer stark technisch geprägten Uni auf ganz besondere Weise und ermöglicht vielen Studierenden den immer wieder beschworenen Blick über den Tellerrand. Wir freuen uns auf viele weitere Jahre studentischen Theaters im Festsaal und unterstützen euch in jeder uns möglichen Art und Weise.

Bühne brachte. Ambitioniertes Spiel kombinierten die Franzosen mit Kreativität und zeigten ihre Interpretationen dieser urdeutschen Lektüre.



Das eigentliche Jubiläum fand dann am 26., 27. und 28. November statt, leider genau in der Zeit, in der unser UMag schon in der Druckerei war. Gerne hätten wir sonst noch einen Nachbericht mit abgedruckt. Wir glauben aber, dass alle Gäste des Jubiläums eine wunderbare Veranstaltung erlebt haben, so wie man das eben vom UniTheater kennt. Wir wünschen euch auch für die nächsten Jahre viele erfolgreiche, gut besuchte Vorführungen und Spaß am Theater-spiel!

Bildungspolitik-T-Shirts

Auf einem Auge blind

Wie das Innenministerium mit Satire umgeht.

von Andreas Wolf

Beamten wird ja gelegentlich unterstellt, dass sie relativ humorlose Zeitgenossen sind. Eigentlich kann da nicht viel dran sein, wenn man bedenkt, wie viele Beamtenwitze es so gibt. Andererseits gibt es auch Exemplare der eher spaßbefreiten Gattung, wie neulich der u-asta in Freiburg und wir feststellen durften.

„Dem Innenministerium Baden-Württemberg als für das Wappenrecht zuständige Behörde ist bekannt geworden, dass [bei Ihnen] T-Shirts verkauft werden, auf denen das große Landeswappen abgebildet ist.

Hierzu möchten wir Sie auf Folgendes hinweisen: nach der Wappenverordnung dürfen das große und das kleine Landeswappen grundsätzlich nur von bestimmten Landesbehörden und Institutionen geführt werden. Eine Verwendung des Landeswappens durch Private bedarf einer besonderen Genehmigung. Diese Genehmigung wird in aller Regel-, und würde daher auch in Ihrem Fall versagt, da mit einem Landeswappen hoheitliches Handeln verbunden wird.

Nicht nur Sie als veräußernde Stelle-, sondern prinzipiell jeder Träger eines solchen Shirts handelt daher nach § 124 Abs. 1 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OWiG) ordnungswidrig und kann nach Abs. 3 mit einer Geldbuße belegt werden, da bereits das Tragen dieses Kleidungsstückes und die Verwendung des großen Landeswappens eine unbefugte Nutzung darstellt.

Angesichts der geltenden Rechtslage bitten wir Sie, den Verkauf der T-Shirts unmittelbar einzustellen“

(Brief des Innenministeriums an den u-asta Freiburg)

Stein des Anstoßes waren die T-Shirts mit Aufdruck „Wir können alles. Außer Bildungspolitik.“ Aber nicht die ketzerische Abwandlung des Werbespruchs sorgte für Unruhe im Ländle, sondern das Wappen, das stilecht unter dem Spruch abgedruckt war. Das ist nämlich geschützt (§ 124 Ordnungswidrigkeitengesetz) und die

unerlaubte Verwendung eine Ordnungswidrigkeit. Mit diesem Verbot will man verhindern, dass jemand fälschlicherweise auf die Idee kommt, dass der Verwender – hier der Shirt-Träger – im offiziellen Auftrag unterwegs ist.

Von der Begründung kann man jetzt halten, was man will – wie wir alle wissen, laufen einem ja täglich Leute über den Weg, die sich mit dem Wappen auf ihrem Shirt als offizielle Vertreter des Landes ausgeben und arglosen Bürgern Lügenmärchen über die Politik unserer Landesregierung erzählen. Nicht gänzlich humorbefreite Zeitgenossen sehen in dem Shirt aber vielleicht eine gelungene Satire auf die offizielle Werbung des Landes Baden-Württemberg, bei der man mit der nichthoheitlichen Verwendung des Wappens offenbar keine so großen Probleme hat. Da Satire in Deutschland vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung geschützt wird, besteht aus Sicht des UStA kein Grund, die T-Shirts nicht zu vertreiben und anzuziehen.

Bemerkenswert ist, dass ausgerechnet jetzt gegen das Shirt vorgegangen wird, obwohl es schon seit mehreren Jahren die Oberkörper der Studenten auf den Campus des Landes schmückt und auch während des Bildungsstreiks kaum zu übersehen war. Fast könnte man meinen, die kritischen Stimmen sollen vor der anstehenden Landtagswahl zum verstummen gebracht werden.

Übrigens sind unerlaubte Verwendungen eines Wappens dann nicht ordnungswidrig, wenn sie sozialadäquat sind, es also „jeder“

macht. Da Kritik an der Bildungspolitik (nicht nur) im Ländle gang und gäbe ist und die Shirts da zweifelsohne dazu gehören, könnte ein Jurist auch durchaus zur Auffassung kommen, dass das Tragen der Shirts sozialadäquat ist.

Dem Innenministerium bleibt noch ins Stammbuch zu schreiben, dass ein Vorgehen gegen kritische Studenten sich schnell als Bumerang erweisen kann; unsere T-Shirt-Verkäufe sind seit dem Presserummel um das Vorgehen des Ministeriums jedenfalls angestiegen.

Das Shirt ist auch weiterhin im UStA für 4 € erhältlich. Wir machen daran keinen nennenswerten Gewinn, der Preis deckt gerade die Kosten. Eine Neuauflage der Shirts in noch besserer Stoffqualität sowie der schon lange vergriffenen Kapuzenpullis ist gerade in Vorbereitung.



Der „Tatbestand“

§ 124 Ordnungswidrigkeitengesetz stellt die unbefugte Verwendung des Wappens eines Landes als Ordnungswidrigkeit unter Strafe. Der Karlsruher Kommentar zum Gesetz meint dazu: „Das Benutzen muss unbefugt geschehen. Dies ist dann der Fall, wenn der Anschein amtlicher Benutzung entstehen kann [...]“

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden, mindestens fünf Euro. Für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten ist in Baden-Württemberg die Kommune zuständig, bei uns also die Stadt Karlsruhe. Also aufgepasst, wenn ihr mit dem Shirt ins Rathaus geht oder einem Polizisten begegnet...

Was ist eigentlich ... die VS?

von Anselm Laube

Als größte universitäre Gruppe sind wir Studierenden ein besonderer Teil des gesellschaftlichen Lebens auf dem Campus und außerhalb. Damit unsere Interessen angemessen vertreten werden, wurden nach dem zweiten Weltkrieg von den Alliierten so genannte Verfasste Studierendenschaften (VS) eingeführt, die Teil der akademischen Selbstverwaltung der Universität und die demokratische Repräsentation der Studierenden sein sollten. Gedacht war das Ganze auch, um insbesondere die jungen Deutschen – die Studierenden – an den Universitäten zu aufrechten Demokraten zu erziehen, indem man ihnen ein demokratisches System für ihre eigene Interessenvertretung gibt.

Elementare Bestandteile einer solchen VS sind Satzungs- und Finanzautonomie sowie die Zwangsmitgliedschaft aller Studierenden. Die Satzungsautonomie besagt, dass sich die Studierenden ihre Organisationsstruktur im Rahmen bestimmter gesetzlicher Rahmenbedingungen und der demokratischen Grundsätze selbst wählen können. So gibt es neben dem bekanntesten Modell mit Studierendenparlament und Allgemeinem Studierendenausschuss (AStA) noch verschiedene andere Formen, z.B. Modelle mit direkter Demokratie oder einer Kombination von Legislative und Exekutive (Studierenden-Rat; StuRa). Auch unter die Satzungsautonomie fällt, dass wir z.B. die Größe der Gremien und Wahlverfahren so wählen können, wie wir es für sinnvoll halten. Die Finanzautonomie bedeutet, dass die Studierendenschaften Beiträge erheben können, mit denen sie ihre Aufgaben erfüllen. Das Geld (in der Regel nicht mehr als 10 € im Semester) wird für die politische Arbeit, Fortbildungen, Kulturveranstaltungen und Beratungen verwendet. Die Zwangsmitgliedschaft, unter den Gegnern der VS zu Unrecht verschrien (wir sind in allen möglichen staatlichen und organisatorischen Strukturen Zwangs-

mitglieder, ohne dass uns das bewusst ist, und durch die damit verbundenen Rechte ist das nicht selten sogar zu unserem Vorteil), sorgt dafür, dass alle Studierende gezwungen sind, sich an der Finanzierung der Strukturen zu beteiligen, auch wenn er der Meinung ist, keine politische Vertretung, kulturelle Veranstaltungen, Unterstützung durch die Fachschaften und Sozialberatung nötig zu haben. Ein solidarisches Modell also.

Und jetzt die schlechte Nachricht: In ganz Bayern und Baden-Württemberg gibt es keine VS. In Baden-Württemberg wurden dem AStA 1977, während der Amtszeit des Ministerpräsidenten und NS-Marinerichters



Filbinger, jegliche politische Äußerung verboten und die Satzungs- und Finanzautonomie aufgehoben. Die Studierenden an der Uni Karlsruhe hatten Glück. Der damalige Rektor gewährte dem AStA einen relativ großen Haushaltstitel, mit dem dieser handlungsfähig bleibt. Damit kann er auch dem Unabhängigen Modell, der eigentlichen Interessenvertretung der Studierenden eine Arbeitsgrundlage bieten. Außerdem gibt es mit dem Studentendienst e.V. einen Verein, der Teile des ehemaligen AStA-Vermögens verwaltet. Mit den Erträgen aus diesem Geld werden kulturelle Veranstaltungen und Freitische für Bedürftige finanziert. Der UStA, die Exekutive des U-Modells, deckt alle Bereiche ab, in denen es dem AStA verboten ist, sich zu äußern. Das Studierendenparlament als Legislative wählt, beauftragt und kontrolliert den UStA und kann Satzungsänderungen

vornehmen. In der Fachschaftenkonferenz (FSK) sind die VertreterInnen aller Fachschaften vertreten und entscheiden über praktische Fragen zu Studium und Lehre.

Klingt eigentlich so, als sei alles in Butter!? Nein, eben nicht! Auch wenn das Karlsruher U-Modell die wohl erfolgreichste unabhängige Studierendenvertretung in Baden-Württemberg ist, heißt das nicht, dass wir auf ewig so weiter machen wollen. Das ewige Taktieren, was man jetzt als AStA-Mitglied oder UStA-Vorstand sagen kann, ohne sich strafbar zu machen, eine getrennte Buchhaltung, doppelte Büroausstattung und die persönliche Haftung in den Vereinen des U-Modells machen das Leben der UStA-ReferentInnen zeitweise zum Spießrutenlauf. Doch auch für Studierende, die nicht in den Gremien aktiv sind, hätte eine Wiedereinführung der VS Vorteile. Als eigenständige Teilkörperschaft der Universität wäre es dem AStA wieder möglich, Verträge abzuschließen (z.B. mit dem KVV bezüglich des Studitickets) und gäbe den Studierenden die Sicherheit, dass ihre Belange immer vertreten werden. Ohne den Unterbau des Unabhängigen Modells, das unsere Vernetzung inner- und außerhalb der Universität sicherstellt, wären wir nämlich in vielen Belangen nicht informiert genug, um wirklich die Interessen der Studierenden in den vielen Gremien zu vertreten, die die Fachschaften und das Studierendenparlament besetzen.

Übrigens, das U-Modell (und damit auch die Forderung nach der Wiedereinführung der VS) könnt ihr unterstützen, indem ihr Beitragsmarken kauft. Erhältlich für 4 € in eurer Fachschaft oder im UStA im Mensafoyer, bekommt ihr dafür einen hübschen Aufkleber im aktuellen Unifest-Design, mit dem ihr die Werbung auf eurer Fricard/KITcard überkleben könnt, und ein gutes Gefühl.

Titelthema

KIT - Elite, Macht und Geld

von Anselm Laube

Jubel in den oberen Etagen, Resignation auf professoraler Ebene, Bestürzung in der Verwaltung und Ratlosigkeit bei den Studierenden - so lässt sich aus unserer Sicht die Situation bezüglich der Fusion zu KITts 1. Geburtstag zusammenfassen.

Was ist passiert? Weder Lehre noch Forschung haben sich in den letzten Monaten signifikant verändert. Im Süden läuft die Forschung wie eh und je in der Regel auf zu engem Raum und in maroden Institutsgebäuden, die ProfessorInnen lehren wie zuvor in teilweise baufälligen Hörsälen und wir Studis sind, was unsere Lernbedingungen angeht, doch weiterhin relativ zufrieden mit 24/7-Bibliothek und studentischen Kneipen. Im Norden wird weiterhin viel exzellente Forschung betrieben, es werden Anträge gestellt und Projektaufträge gewonnen. Schöne heile Welt also?

Hohler die Kassen nie klangen

Im Frühjahr fing es an mit Gerüchten, im Sommer kam dann in nichtöffentlichen Gremien die Bestätigung, seit einem BNN-Artikel am 27. Oktober darf man es sogar aussprechen: Das KIT hat ein Finanzproblem. Nicht

ein oder zwei, sondern gleich mehrere Millionen Euro fehlen ab 2010 jedes Jahr im Haushalt des Universitätsteils. Insolvenz anmelden kann das KIT als Körperschaft des öffentlichen Rechts nicht, der Landeshaushalt, über den unsere Grundfinanzierung läuft, wird diese Defizite jedoch auch nicht auffangen können. Die Folge sind Einsparungen bei der Ausstattung und insbesondere beim Personal. Der UStA erwartet, dass in den nächsten Jahren über 200 Vollzeitstellen dauerhaft nicht besetzt werden, also etwa 10% des überhaupt im Universitätsteil vorhandenen Personals. Das wird die Fakultäten, die Institute und die Verwaltung treffen, alle werden Ihre Leistungen in und für Forschung und Lehre einschränken müssen. Schon heute ist die Lehre nur unter dem illegitimen Einsatz der für die Forschung eingestellten MitarbeiterInnen in Übungen, Seminaren und Vorlesungen aufrechtzuerhalten. Wie dies mit noch weniger Personal laufen soll, weiß niemand.

Doch wie kam es zu dem Loch?

Die Universitätshaushalte sind seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert. Seit 14 Jahren ist die Situation in Ba-

den-Württemberg sogar prekär. Der so genannte Solidarpakt zwischen Land und Hochschule besagt, dass die Mittel für die Hochschulen nicht steigen. Mit den der Inflation geschuldeten Kaufkraftverlusten müssen die Hochschulen jedes Jahr mit weniger Geld auskommen. Um die dadurch entstehenden Finanzlöcher in der Forschung auszugleichen, werben die Universitäten bei Industriepartnern und staatlichen Institutionen Drittmittel ein, die jedoch in der Regel nur Ausrüstung und Personal, nicht jedoch die Kosten der Infrastruktur abdecken - der so genannte „Overhead“ fehlt. Wenn bei den am KIT im Jahr 2010 angeworbenen 140 Mio. € Drittmitteln jeweils nur einige Prozent der Finanzierung fehlen, kann diese Differenz von der ohnehin nur minimalen Grundfinanzierung (siehe oben) nicht mehr aufgefangen werden. Die ist gar kein spezifisches KIT-Problem, sondern wird an allen Unis mit hohem Drittmittelanteil so sein - nur bleibt es dort dank kameralistischer Buchhaltung bisher verborgen. Ein weiterer Baustein ist die verfehlte Immobilienpolitik des Landes. Statt dringend benötigte Gebäude wie das Mathematikgebäude zu sanieren und zusätzlichen Raum anzukaufen, muss das KIT horrenden Mieten für

Frisst der Forschungserfolg die Finanzen des KIT?

Karlsruher Elite-Einrichtung steht eine Sparrunde ins Haus / Personalrat fürchtet „schmerzhaft“ Einschnitte

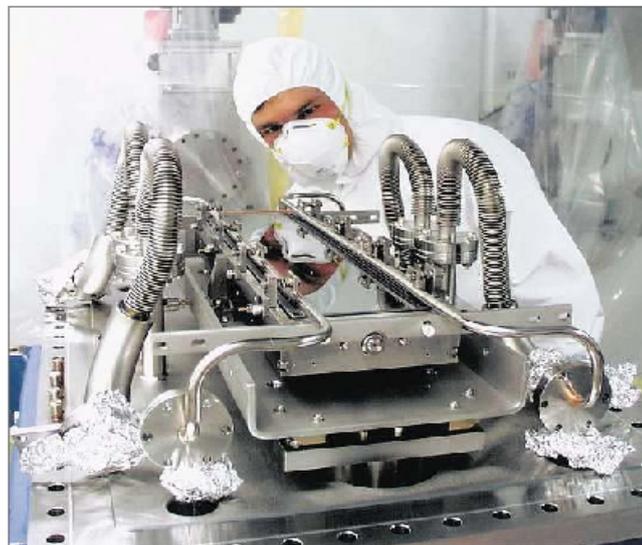
Von unserem Redaktionsmitglied
Elvira Weisenburger

Karlsruhe. Hat sich die Elite-Universität finanziell übernommen? Wird am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) das Geld bedrohlich knapp? Hinter vorgehaltener Hand wird darüber eifrig spekuliert, sogar in Mitarbeiterkreisen machte schon das Wort drohender „Zahlungsunfähigkeit“ die Runde. Solche Szenarien verweist Horst Hippler, Präsident des KIT, fast schon belustigt ins Reich der maßlos übertriebenen Fantasien. „Wir sind eine staatliche Einrichtung - die kann überhaupt nicht Bankrott gehen“, bemerkt er süssig zu solchen Gerüchten. Dass das liebe Geld ihm und anderen Führungskräften am KIT Kopfzerbrechen bereitet und dass aktuell nach Einsparmöglichkeiten gesucht wird, räumt er jedoch

Präsident Hippler: Rasantes Wachstum treibt Nebenkosten hoch

ein - wobei er derzeit noch keine Zahlen nennen will. Aus Hipplers Sicht sind die Geldsorgen schlicht die Kehrseite des Erfolgs: „Unser schnelles Wachstum bringt uns in Engpässe“, sagt Hippler. „Wir legen für Forschungsprojekte immer bei den Nebenkosten drauf.“

Und solche Forschungsaufträge ziehen die Karlsruher Wissenschaftler des KIT - das durch die Fusion von Universität und Forschungszentrum entstand - in immer größerer Zahl an Land. Hippler nennt einen Vergleich: „Im Jahr 2006 haben wir 84 Millionen Euro an Drittmitteln eingeworben, in diesem Jahr sind es 140 Millionen Euro.“ Diese Summen beziehen sich allein auf die Universitätsparte am KIT. Stolz registrierten Forscher und Politi-



ERFOLG IM LABOR. Pech in finanzieller Hinsicht: Die Forscher des KIT werben immer mehr Aufträge ein - doch die bescheren auch Zusatzausgaben. Ob allein hier das Problem liegt, ist unstritten. Foto: KIT

te machen aus der freien Wirtschaft könne man durchaus verhandeln, doch viele Auftraggeber der Elite-Uni seien öffentliche Institutionen - und die dürften zum Teil Kraft Vorschritt bisher gar keine oder niedrige Zuschläge bezahlen. Mit gutem Beispiel vorangegangen ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die neuerdings einen 20-prozentigen „Overhead“-Draufschlag überweist - dafür hatte sich auch Minister Frankenberg stark gemacht. „In manchen anderen Ländern sind Overhead-Quoten von 70 bis 80 Prozent üblich“, betont Hippler jedoch. „Nicht von der Hand zu weisen“ sind Hipplers Klagen aus Sicht des KIT-Personalratsvorsitzenden Wolfgang Eppler. „Drittmittelprojekte sind leider nie kostendeckend“, bestätigt er - fügt jedoch hinzu: „Das ist nur ein Teilproblem.“ Eppler geht davon aus, dass die Sparzwänge für das Personal „auf jeden Fall schmerzhaft werden“. Besonders Mitarbeiter mit befristeten Verträgen verfolgen die Spardiskussion mit Sorge, bängen um ihren Job. Wobei Eppler betont, der Personalrat wolle „keinen Aufnahmeverlust“, sondern Auswege suchen. Das KIT-Präsidium habe „sozialverträgliche“ Lösungen zugesichert.

Für den neuen Sparzwang sieht Eppler „mehrere Ursachen“, dazu zähle auch die Fusion von Uni und Forschungszentrum zum KIT. „Wo es zu Zusammenlegungen kommt, entsteht zunächst ein Mehraufwand“, betont Eppler - die „Synergieeffekte“ hätten sich noch nicht eingestellt. Und Exzellenzgelder für die Elite-Uni und der Name KIT allein besicherten eben auch keinen sorglosen Dauer-geldregen. „Wir hatten vom Vorzeigeprojekt KIT eher erwartet, dass es aufwärts und nicht abwärts geht“, sagt der Personalratschef. Zugleich gibt er sich zweckoptimistisch: Er „hoffe zumindest mal“, dass es sich um eine „Übergangsphase“ handle.

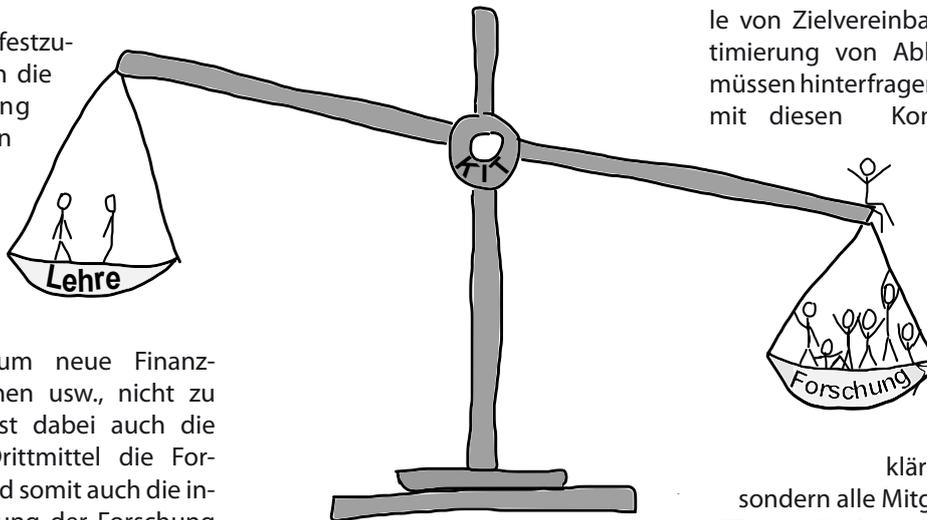
angemietete Bauten wie das Allianzgebäude am Kronenplatz zahlen. Um die Schizophrenie noch komplett zu machen, schreibt das Land zur finanziellen Unterstützung der Lehre Wettbewerbe aus, die in den Hochschulen in der Umsetzung dringend benötigtes Personal binden und wiederum Eigenmittel aus der Grundfinanzierung benötigen.

Es bleibt also festzuhalten, dass durch die Unterfinanzierung die Hochschulen geradezu in die Abhängigkeit von zeitlich begrenzten Projektaufträgen gedrängt werden, wodurch wiederum neue Finanzprobleme entstehen usw., nicht zu vernachlässigen ist dabei auch die Tatsache, dass Drittmittel die Forschung prägen und somit auch die inhaltliche Ausrichtung der Forschung in bestimmten Bereichen nachhaltig beeinflussen können.

Wasserkopf mit Ausbaupotential

Doch Geldmangel hält das KIT nicht davon ab, sich einen Wasserkopf sonder gleichen zuzulegen. Das KIT versteht sich als Europas zweitgrößte Wissenschaftseinrichtung. Deshalb reicht es nicht, eineN RektorIn, eineN KanzlerIn und zwei ProrektorInnen zu beschäftigen, sondern zur vollen Repräsentation brauchen wir 6 PräsidentInnen und VizepräsidentInnen sowie 9 Bereichsvorstände, jeweils mit Sekretariat und AssistentIn. Dass von diesen 13 Personen sich nur zwei um die Lehre kümmern sollen, sei hier nur eine Randnotiz. Bei der derzeitigen Ausrichtung des KIT ist sicherlich viel Repräsentation in Gremien und Konferenzen notwendig, doch zum Einen sollten bei der Besetzung der wichtigen Machtpositionen in Präsidium MitarbeiterInnen und Studierende direkt beteiligt sein, zum Anderen würde es den Informationsfluss im KIT verbessern und wichtige Entscheidungen transparenter machen, wenn studentische VertreterInnen Gastrecht in Präsidiumssitzungen haben würden. Aufgrund der allgemein

sehr engagierten Beteiligung studentischer Gremienmitglieder und der guten Ideen, die sie, wie ProfessorInnen immer wieder verlauten lassen, in den Entwicklungsprozess des KIT einbringen, sollte intensiv darüber nachgedacht werden, ob mit der Novelle des KIT-Gesetzes von Seiten des Gesetzgebers nicht sogar ein neben-



amtliches studentisches Präsidiumsmitglied vorgesehen werden sollte, ein Modell, wie es beispielsweise in Rostock und Friedrichshafen erfolgreich praktiziert wird.

Der Aufsichtsrat des KIT ist ein weiteres Sorgenkind. Während Aufsichtsgremien in der freien Wirtschaft, in Vereinen oder Stiftungen tatsächlich Aufsichtsfunktionen wahrnehmen, hat der KIT-Gründungsaufrat durch seine Entscheidungslosigkeit über die Finanzen ein geradezu schizophrenes Verhältnis zu sich selbst, er muss also seine eigenen Entscheidungen kontrollieren. Sein Selbstbild sagt zudem aus, dass es ihm gar nicht um Aufsicht geht, sondern um konstruktive Unterstützung der Entwicklung des KIT. Seine Entscheidungen sind zudem nicht transparent (Gastrecht für Mitglieder des KIT außer dem Präsidium gibt es nicht). Studentische Aufsichtsratsmitglieder, wie es sie beispielsweise an der PH in Karlsruhe und an der Hochschule Pforzheim gibt, würden dem ganzen KIT-Prozess auch an dieser Stelle gut tun.

Planlosigkeit als Konzept

Auf dem Weg zum KIT, allgemein im Rahmen der Exzellenzinitiative und weiterer Wettbewerbe wurden in Nord und Süd viele neue Konzepte auf den Weg gebracht. Ob sie House of Competence (HOC) heißen oder Karlsruhe House of Young Scientists (KHYS), Schools oder Schwerpunkte. Jetzt wäre Zeit, all dies zu evaluieren. Damit meinen wir nicht nur Kontrolle von Zielvereinbarungen oder Optimierung von Abläufen. Nein, wir müssen hinterfragen, ob das, was man mit diesen Konzepten erreichen wollte, wirklich erfüllt worden ist und ob die neuen Strukturen tatsächlich besser sind als frühere - und das ist keine Frage, die im Hinterzimmer geklärt werden sollten, sondern alle Mitgliedsgruppen des KIT, also ProfessorInnen, MitarbeiterInnen und Studierende sollten dies zusammen entscheiden.

Doch statt das bestehende Strukturen-Wirrwarr zu überdenken, werden im Rahmen des KIT-Prozesses und in der Vorbereitung der Exzellenzinitiative II weitere bewährte Einrichtungen wie aktuell das Akademische Auslandsamt oder mittelfristig auch die Fakultäten allgemein in ihrer Existenz in Frage gestellt. Durch eine lückenhafte Informationspolitik werden aus Ideen und Denkanstößen zudem sehr schnell Gerüchte, die die Diskussionen auch nicht vereinfachen. Hier würde es sehr helfen, wenn alle Mitgliedsgruppen frühzeitig eingebunden werden würden um ihre Meinung zu hören, sie während des Prozesses zu beteiligen, um den Informationsfluss zu sichern, und sie bei der endgültigen Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Nach einem Jahr wäre es zudem an der Zeit, sich über die generelle Ausrichtung des KIT gemeinsam Gedanken zu machen. Ist die bisherige Ausrichtung noch zeitgemäß? Welche Flächen möchten wir in Zukunft für Forschung und Lehre in Karlsruhe beanspruchen? Wollen wir tatsächlich so viel Zeit, Geld und Energie in

die Entwicklung zu Glanz statt Substanz, Marketing und Hochglanzprojekte stecken, die zeigen sollen, wie exzellent KIT doch ist, statt die gute Lehre sprechen zu lassen? Diese Fragen werden diskutiert, nur nicht mit denen, die es betrifft, den Mitgliedern an der Basis, den Studierenden, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und dem weiteren KIT-Personal.

Identifikation oder innere Kündigung

Ein oft nur wenig beachteter Teilspekt ist die Abhängigkeit des Engagements der MitarbeiterInnen von Fragen der Mitsprache. Viele jungen Menschen steigen mit einer großen Motivation und teilweise sehr großen Idealen in Ihre Mitarbeit am KIT ein. Ihnen wird vermittelt: „Du bist jetzt ein wichtiger Teil des KIT“. Doch Teilhabe muss, das zeigen Forschungsprojekte, immer mit Machtgabe kombiniert sein, wenn sie erfolgreich sein soll. Dies ist ein Indiz dafür, warum die Strukturen im ehemaligen Forschungszentrum ein hohes Ansehen genossen. Dort war im Gesellschaftsvertrag explizit

geregelt, wer wie in den Programmen und Instituten an den Entscheidungsprozessen beteiligt ist. Diese vorgeschriebenen Informations- und Entscheidungswege werden jedoch Stück für Stück abgebaut. Ebenso im Süden. ProfessorInnen und MitarbeiterInnen werden in Versammlungen über Entscheidungen des Präsidiums informiert, während sie eigentlich in den Entstehungsprozess dieser Entscheidungen mit eingebunden sein sollten. Passiert dies zu oft oder wird mit den Entscheidungen die eigene Arbeit herabgewürdigt, ziehen es die Personen vor, den Arbeitsplatz zu wechseln, oder, sollte dies nicht möglich sein, innerlich zu kündigen. Dienst nach Vorschrift, immer Gelegenheiten zum eigenen Absprung suchend. Solche MitarbeiterInnen transportieren keine Vision des KIT mehr, sie werden ernüchtert ihre Ideale aufgeben und

damit auch nach Außen kein gutes Bild des KIT mehr abgeben.

KIT = Innovation

Neben Lehre und Forschung stellt die Innovation die dritte Säule der Grundfesten des KIT dar. Was harmlos kling, ist in Wirklichkeit ein Streben nach immer stärkerer wirtschaftlicher Verwertbarkeit aller Forschungsergebnisse. Dies erschwert nicht nur ergebnisoffene Forschung, denn Gelder werden verstärkt in Projekte fließen, sondern verwandelt das KIT in ein an den Prinzipien der Marktwirtschaft ausgerichtetes Unternehmen. Bildung und Wissenschaft spielen dann keine Rolle mehr, sondern Ansehen und Geld. Zudem wird die Kritikfähigkeit der Institution geschwächt, denn die Frage, ob Forschung Sinn ergibt, wird nicht mehr nach ethischen oder wissenschaftlichen Kriterien entschieden, sondern nach der Finanzkraft des Auftraggebers. Das kann nicht das Ergebnis der großartigen KIT-Ideen gewesen sein.



Karlsruher Institut für Technologie

schon jetzt vormerken:

Uniwinterfest

29.01.2011

**Du willst bei der Festorganisation mithelfen?
Dann komm einfach vorbei, das Festkomitee
trifft sich jeden Donnerstag, 18 Uhr im UStA**

Änderungen der Rückmeldefrist

Beginnend mit der Rückmeldung zum Sommersemester 2011 wird die Rückmeldefrist um etwa 3 Wochen vorgelegt.

Statt wie bisher zum 31. März (Sommersemester) bzw. 31. September (Wintersemester) muss man sich ab dann schon bis zum 10. März/September rückgemeldet haben, also auch die Studien- und Verwaltungsgebühren überwiesen haben.

Grund dafür ist, dass die bisherige Praxis, nicht-rückgemeldete Studierende erst im neu begonnenen Semester zu exmatrikulieren, rechtswidrig ist da es keine Rechtsgrundlage für eine rückwirkende Exmatrikulation gibt.

Änderungen des Logins bei SCC-Diensten

Aus Datenschutzgründen wird ab dem 2. Dezember 2010 das Login-Verfahren für die Studierendenkonten am SCC und im Studierendenportal geändert: Ab dann ist der Login nur noch mit dem uXXXX-Account möglich. Die Anmeldung mittels `vorname.nachname@student.kit.edu` wird nicht mehr funktionieren.

Des Weiteren wird es möglich sein, alle namensbezogenen Daten aus den Authentifizierungsdatenbanken zu löschen. Damit wird auch die `vorname.nachname@student.kit.edu`-Adresse ungültig.

Die Anonymisierung ist ab Dezember im Studierendenportal unter „Meine Benutzerdaten“ möglich.

Vor einem Jahr: Besetzte Hörsäle

Inzwischen ist es schon wieder ein Jahr vorbei: Im Herbst 2009 ging ein Protestfeuerwerk durch die Bildungslandschaft. Auch in Karlsruhe zeigten die Studenten ihren Unmut: Am 17.11.2009 besetzten sie die Daimler/Benz-Hörsäle. Nach einem Umzug am 30. 11. in den Redtenbacherhörsaal hielt die Besetzung bis zum 17. 12. an.

In Arbeitskreisen wurde politische Arbeit betrieben und ein Forderungskatalog aufgestellt, aber auch ein breites Kulturprogramm organisiert.

Zusagen und Willensbekundungen der Politik gab es damals einige, geändert hat sich allerdings nicht viel. Mehr dazu im nächsten UMag.

Hier informiert der AStA ...



ein paar KASTAnien



Dieses unpolitische Eichhörnchen äußert sich nur zu musischen, geistigen und sportlichen Belangen

Unsere Neuen stellen sich vor I

Peter - Kulturreferent

Moin Moin! Ich bin Peter Bergmann, studiere im 9. Semester Wirtschaftsingenieurwesen, bin vollkommen unpolitisch (d.h. habe zu jedem Thema meine eigene Meinung) und bin hier im UStA ab diesem Semester als hinzugezogener Referent im Bereich Kultur für den Spaß (aka: **Unifest**) zuständig. Beim Unifest bin ich eigentlich schon seit meinem ersten Semester engagiert – zunächst als DJ, dann als Zuständiger für die Security. Aber weil ich es mit diesen Aufgaben immer noch in die ein oder andere Vorlesung geschafft habe, darf es ab diesem Semester also noch ein „wenig“ mehr sein.

Soweit zu mir, jetzt zu EUCH: Ich bin auf der ständigen Suche nach engagierten FestKo-lern, 36ern, Securies, 2-Stunden-Schichten-Helfern usw. usf. ... Habt ihr Interesse, euch in irgendeiner Weise für das Unifest zu engagieren? Dann spricht mich an – z.B. bei den regelmäßig am Donnerstag um 18 Uhr im UStA stattfindenden Festkomitee-Sitzungen, per Mail an kultur@usta.de, persönlich, wenn ich übers Gelände haste oder hinterlasst mir einfach im UStA eine Nachricht: 0721/608-8460. Es wird jede helfende Hand gebraucht, wir freuen uns auf euch!



Unsere Neuen stellen sich vor II

Jens - Finanzreferent



Hallo! Ich bin Jens, 23 Jahre alt, und studiere im 7. Semester Diplom-Physik. Seit Oktober 2010 bin ich nun euer neuer **Finanzreferent**. In der Fachschaft Physik war ich schon als studentischer Vertreter in verschiedenen Kommissionen aktiv. Nach und nach bin ich dann zum UStA gekommen. So war ich zum Beispiel dieses Jahr auch Vorsitzender des Wahlausschusses.

Als Finanzreferent kümmere ich mich unter anderem um das aufstellen von Haushaltsplänen und unter-

stütze die Fachschaften bei der Verwaltung von Geldern. Wer mehr über meine Arbeit erfahren möchte, kann gerne Mittwochs zwischen 15 und 17 Uhr im UStA vorbeikommen.

Weiterhin gesucht: Innen und Außen

Auch wenn mit Peter, Jens und Viri das UStA-Team gestärkt wurde gibt es weiterhin viel Arbeit zu tun. Sowohl das Aussenreferat als auch das zweite Innenreferat sind weiterhin unbesetzt. Vielleicht ist das genau der Studiumsausgleich den du suchst?

Innenreferat

Das Innenreferat betreut ein sehr breites Arbeitsfeld: Von Fachschaften, Hochschulgruppen über Senatskom-

missionen bis hin zum KIT-Prozess, der auch ein Jahr nach der offiziellen Fusion noch lange nicht abgeschlossen ist, gibt es innerhalb der Uni und Studierendenschaft viel zu organisieren, zu unterstützen und herauszufinden.

Außenreferat

Die große Aufgabe des Aussenreferates ist die Vernetzung mit anderen StudentInnenschaften und Organi-

sationen. Ob in der Landesastenkonzferenz, im Aktionsbündnis gegen Studiengebühren oder in anderen Strukturen: Viele Themen lassen sich nur gemeinsam und durch stetigen Informationsaustausch bearbeiten

Wenn du Interesse an einem dieser Referate oder genereller Mitarbeit im UStA hast, melde dich einfach bei uns oder komm im UStA-Büro vorbei.

Unsere Neuen stellen sich vor III

Interview mit der neuen Queer-Referentin

von Florian Settelmayer

Am 19. Oktober 2010 beschloss das Studierendenparlament, das Queer-Referat im UStA einzurichten. So soll eine offizielle Anlaufstelle für ratsuchende Studis geboten und Öffentlichkeitsarbeit zu Themen, die Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender betreffen, geleistet werden. Nun steht uns die frisch gebackene Queer-Referentin, die vorher schon im Vorstand der Queerbeet-Hochschulgruppe aktiv war, Rede und Antwort:

Kannst du dich kurz vorstellen und etwas zu deiner Person sagen?

Mein Name ist Viridiana Alcántara Cervantes, die meisten kennen mich als Viri. Ich bin vor drei Jahren nach Deutschland gekommen um hier zu studieren und bin jetzt im 7. Semester der Geoökologie. Davor habe ich die Deutsche Schule in Mexiko City besucht.

Wie bist du auf die Idee gekommen, ein Queer-Referat zu gründen?

Vor ungefähr 10 Jahren gab es schon ein Queer-Referat im UStA, deshalb ist es an sich keine Neugründung. Nachdem die Queerbeet-Hochschulgruppe seit ihrer Wiederbelebung in Mai 2009 so schnell gewachsen ist und viele Aktionen organisiert hat, haben wir gemeinsam mit dem UStA über die erneute Einführung eines Queer-Referats diskutiert.

Hast du dich schon auf diesem Gebiet engagiert?

Ja, von Januar bis Oktober dieses Jahres war ich im Vorstand der Queerbeet. Dort habe ich, zusammen mit den anderen zwei Vorständen, verschiedene Veranstaltungen organisiert und Aktionen gestartet um eine Kontaktplattform für alle homo-, bi- und transsexuellen Studis anzubieten und Präsenz auf dem Campus zu zeigen. Außerdem haben wir viel Kontakt zu verschiedenen Vereinen in Karlsruhe gehalten, die sich auch auf diesem Gebiet engagieren. Mit zwei Vorstandsmitgliedern aus dem

Schwung e.V. habe ich auch eine Informationsveranstaltung für Eltern homosexueller Kinder in Zusammenarbeit mit dem Kinderbüro der Stadt angeboten.

Welche Ziele verfolgst du mit dem Referat?

Ich möchte die Interessen der Homo-, Bi- und Transsexuellen an der Uni vertreten. Dies umfasst das wöchentliche Angebot einer Beratung, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Durchführung von Aktionen und Veranstaltungen. Das wichtigste dabei ist mehr Akzeptanz und Toleranz auf dem Campus zu schaffen.

Was bietest du an konkreten Hilfestellungen (Beratungen) für Studenten an?

Im Prinzip bin ich eine Ansprechpartnerin. Ich kenne es, dass es in einer heteronormativen Gesellschaft oft problematisch ist, die eigene Homo-, Bi- oder Transsexualität zu akzeptieren und zu zeigen. Für viele ist es allgemein bei Problemen hilfreich mit jemandem zu reden, der (emotional) nicht involviert ist. Diese Möglichkeit möchte ich allen bieten.

Wer kann zu dir kommen und was erwarten die Leute bei dir?

Alle. Wie gesagt, ich biete ein offenes Ohr und Hilfe im Rahmen meiner Möglichkeiten. Selbstverständlich sind alle Gespräche auch streng vertraulich.

Planst du bereits konkrete Aktionen an der Uni?

Am 11.11. habe ich mit Nadja, der Frauenreferentin, und der Queerbeet eine Aktion vorm AKK im Rahmen der bundesweiten Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie veranstaltet, welche unter den Passanten viel Aufmerksamkeit für das Thema erregt hat. Außerdem würde ich gerne Gespräche oder Workshops mit den Fachschaften über Homophobie und (latente) Diskriminierung führen. Interessant fände ich auch die Durchführung von Vorträgen und Podiumsdiskussionen über Heteronormativi-



tät; bezüglich Veranstaltungen und Aktionen bin ich allerdings immer offen für neue Ideen und freue mich sehr über Anregungen.

War es schwierig, dieses Referat einzurichten?

Der UStA hat mir sehr geholfen (herzlichen Dank an dieser Stelle!). Als wir den Antrag im Studierendenparlament gestellt haben, lösten wir eine zweistündige Diskussion aus über die Notwendigkeit des Referats. Letztendlich konnte eine unbürokratische Lösung gefunden werden, die alle Seiten zufriedenstellte.

Was möchtest du den Leuten sagen, die ein Queer-Referat für unnötig halten?

Es ist verständlich, dass die meisten Menschen, die nicht betroffen sind, ein Referat für unnötig oder entbehrlich halten. Allerdings ist es oft nicht einfach in unserer Gesellschaft offen mit Homosexualität umzugehen. Ich halte die Toleranz und Akzeptanz der verschiedenen sexuellen Orientierungen für ein Ziel, das, obwohl nicht leicht zu erreichen, doch immer verfolgt werden sollte. In einem halben Jahr, wenn wir zum ersten mal Bilanz ziehen über das, was vom Referat erreicht werden konnte, können wir die Diskussion mit anderen Argumenten gerne wieder aufgreifen.

Viris Sprechzeiten:

dienstags, 16-18 Uhr (ab Januar 2011)

Kontakt: queer@usta.de

„70 % sind gegen Studiengebühren“

Interview mit Christina Schrandt, kommissarische Geschäftsführerin des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren

von Benjamin Kobrinski

Der UStA Karlsruhe war vom 5. bis 7. November 2010 Gastgeber der Vollversammlung des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS). Dabei trafen sich Studierende aus Bildungstreik, Studierendenvertretungen und andere politisch Interessierte, um sich in verschiedenen Arbeitskreisen zu vernetzen und Aktionen und Projekte zu planen.

Christina Schrandt, kommissarisches Mitglied in der Geschäftsführung des ABS, gab uns in diesem Rahmen ein Interview zum Aktionsbündnis und dem aktuellen Stand der Studiengebühren-Diskussion in Deutschland:

Die meisten Leser werden vermutlich noch nichts vom ABS gehört haben. Kannst du uns eine kurze Vorstellung von dir und dem Aktionsbündnis geben?

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) ist ein gesamtgesellschaftliches Bündnis, das sich 1999, als sich die Debatte über die Einführung von Studiengebühren anheizte, in Krefeld gegründet hat. Seitdem ist es stets gewachsen und hat heute mehr als 300 BündnispartnerInnen – von SchülerInnenvertretungen, Studierendenvertretungen zu ProfessorInnen und Gewerkschaften. Ziel des Bündnisses ist es, Studiengebühren abzuschaffen und ein Verbot dieser zu erwirken. Dabei geht es zum einen darum, Studiengebühren zum gesamtgesellschaftlichen Thema zu machen und zum anderen darum, Proteste auf der Straße und den Kampf gegen Studiengebühren in den Parlamenten zu formieren.

Was ist deine Motivation, dich im ABS zu engagieren und dich somit gegen Studiengebühren einzusetzen?

Ich bin hochschulpolitisch aktiv geworden, als die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen Langzeitgebühren einführen wollte. Ich habe mich dabei an unzähligen Protesten beteiligt. Doch als die Langzeitgebühren eingeführt waren, war es für

mich unfassbar, wie sich die Studierenden von den „Langzeitstudis“ von einem auf den anderen Tag entsolidarisiert haben.

Für mich ist Bildung und somit auch die Hochschulbildung so zu gestalten, dass alle einen gebührenfreien Zugang dazu haben. Denn Bildung ist keine Ware und in Zahlen gar nicht messbar. Genau dafür gilt es sich einzusetzen, wenn nicht innerhalb und mit dem ABS, wo dann?

Worin siehst du die Hauptargumente gegen Studiengebühren?

Jeder Mensch sollte unabhängig von dem eigenen Status und der eigenen Biographie ein Recht auf Bildung und somit auch auf Hochschulbildung haben. Dieses ist nur möglich, wenn sich der Staat dieser gesellschaftlichen Aufgabe annimmt, Bildungsstätten ausfinanziert und diese frei für jeden und jede zugänglich macht. Doch leider sieht die Realität in der BRD anders aus und dementsprechend gibt es noch einiges zu tun. Laßt es uns gemeinsam anpacken!

Seit der Einführung der Studiengebühren ist deren Akzeptanz unter einigen Studenten stark gestiegen. Sind dafür tatsächliche Verbesserungen in der Lehre verantwortlich oder hast du eine andere Erklärung dafür?

Ich denke nicht, dass die Akzeptanz der Studierenden gegenüber Studiengebühren gestiegen ist. Das zeigt auch der aktuelle Gebührenkompass: 70 % der Studierenden sprechen sich gegen Studiengebühren aus. Und die Verbesserung der Lehre, die vermeintlich durch die Studiengebühren eintreten sollte, ist ebenfalls nicht zu finden. Und auch dieses hat der Gebührenkompass versucht zu ermitteln: die beste Schulnote, die dort vergeben wurde, war eine 4. Aber am besten schaut ihr selbst mal nach: www.gebuehrenkompass.de

Viele Universitäten behaupten, dass ihnen mit der Abschaffung der Studiengebühren eine ihrer Finanzierungsgrundlagen genommen werden wür-

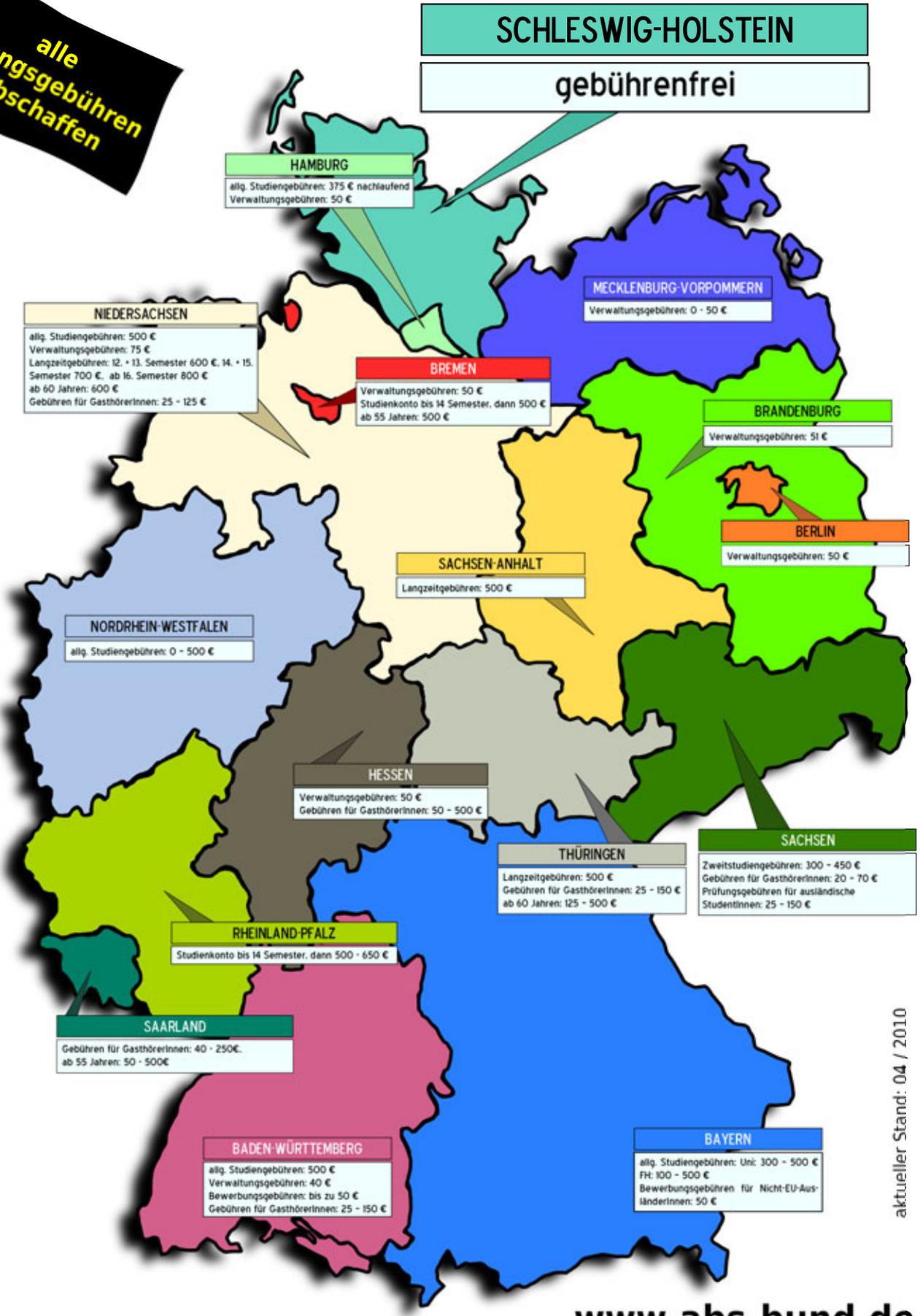
de und sie dies nur durch Einschnitte in der Lehre tragen könnten. Wie stehst du zu dieser Meinung?

Die Hochschulen sind so schon unterfinanziert und daher wird jede Rektorin wie auch jeder Rektor pauschal behaupten, dass wenn die Studiengebühren abgeschafft werden, die Lehre nicht mehr aufrecht zu erhalten sei. Doch Studiengebühren haben in der Hochschulfinanzierung gar nichts zu suchen. Und es ist weiterhin die Aufgabe des Staates, die Lehre sicherzustellen.

Und schließlich ist es doch so, dass mit der Einführung der Studiengebühren an den Hochschulen parallel gravierende Kürzungen im Hochschulbereich durchzogen wurden. Auch heute zeigt sich, dass gerne an der Hochschulbildung gekürzt wird. Es ist an der Zeit, dass die Rektorate sich an die Landesregierungen wenden, um eine sichergestellte staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen zu fordern.

In NRW gibt es seit der Landtagswahl die Hoffnung auf eine Studiengebührenabschaffung. Kannst du uns kurz über den aktuellen Status informieren?

In NRW gab es durch die Landtagswahlen im Mai 2010 einen Regierungswechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Grün. Besonders ist an der aktuellen Regierungskoalition, dass es sich dabei um eine Minderheitenregierung handelt, die somit bei allem, was abzustimmen ist, eine andere Partei braucht, um eine Mehrheit im Landtag erreichen. Rot-Grün hat nun einen Antrag auf Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2011/12 eingereicht. Ziel der Regierung ist, die Studiengebühren durch staatliche Kompensationsmittel zu ersetzen. So weit klingt das natürlich alles sehr gut. Jedoch gibt es bisher noch keine wirkliche Einigung zwischen der Minderheitenregierung und der einzigen anderen Landtagsfraktion, die sich gegen Studiengebühren ausspricht – der Linken. Denn während im Antrag der Zeitpunkt



Nachlaufende Studiengebühren
Diese Gebühren werden nach Ende des Studiums und nach Ende der Karenzzeit fällig.

Allgemeine Studiengebühren
Diese Gebühren sind grundsätzlich von allen StudentInnen pro Semester zu entrichten.

Langzeitgebühren
Diese Studiengebühren werden in der Regel nach drei bzw. vier Semestern nach Überschreitung der Regelstudienzeit erhoben.

Studienkonto
Dies ist eine Form von Langzeitgebühren, die nach einem Gutscheinsystem funktioniert.

Verwaltungsgebühren
Diese Gebühren sind ohne Ausnahmeregelungen von allen StudentInnen zu zahlen; die Einnahmen fließen in der Regel direkt in die Steuerkasse.

Seniorenstudium
Ab 55 bzw. 60 Jahren ist in manchen Bundesländern das Studium mit speziellen „Altersgebühren“ belegt.

aktueller Stand: 04 / 2010

www.abs-bund.de

Wintersemester 2011/12 für die Abschaffung der Gebühren steht, fordert nicht nur die Linke sondern auch das ABS die Abschaffung zum Sommersemester 2011. Inwieweit es einen Kompromiss zwischen den drei Fraktionen geben wird, muß sich zeigen. Das ABS wird den Druck auf alle drei Fraktionen aufrecht erhalten und die schnellstmögliche Abschaffung der Gebühren fordern und das bedeutet für uns im Sommersemester 2011.

Wie hoch siehst du die Chancen für eine Gebührenabschaffung in Baden-Württemberg?

Die aktuelle Regierung ist ein großer Fan von Studiengebühren. Sie hat damals als erstes Langzeit- und danach als erstes allgemeine Studiengebühren eingeführt. Doch nun gibt es die große Chance, auf die Regierung und somit auch auf die Bildungs- und Hochschulpolitik Einfluss zu nehmen, indem die Landtagswahl 2011 genutzt wird. Das bedeutet, vor der Wahl den PolitikerInnen die Wichtigkeit des gebührenfreien Hochschulzugangs zu vermitteln, Proteste auf den Straßen zu formieren, aber genauso, NachbarInnen, Mitstudierenden, der eigenen Familie oder PassantInnen Wissen über das Thema Bildung sowie Hochschule und den Zusammenhang zur Gesellschaft zu vermitteln. Es ist also vieles in Baden-Württemberg zu tun.

Aber wenn wir alle an einem Strang

ziehen, denke ich, dass es durchaus möglich ist, die Studiengebühren in Baden-Württemberg abzuschaffen.

Welche Möglichkeiten gibt es, sich aktiv für die Abschaffung einzusetzen?

Um sich aktiv für die Studiengebührenabschaffung einzusetzen, heißt es erstmal, sich selbst zu informieren. Dann geht es darum, andere für das Thema zu sensibilisieren, Infoveranstaltungen zu machen, große Proteste oder kleine auffällige Aktionen zu organisieren. Es gilt, alle Mitmenschen für das Thema zu interessieren und parallel Druck auf die EntscheidungsträgerInnen auszuüben. Also auf: Solidarität zeigen, gemeinsam handeln und das auf den Straßen, in den (Hoch-)Schulen und überall für freie Bildung!

Was ist deine Prognose für die Zukunft? Können wir auf eine deutschlandweite Abschaffung der Studiengebühren hoffen oder besteht gar die Gefahr, dass die Gebühren noch angehoben werden?

Das Thema Studiengebühren polarisiert. Entweder sind Menschen dafür oder nicht. Lange gab es einen Konsens in Deutschland, der sich gegen Gebühren aussprach. Doch seit den 1990er Jahren hat sich das gewandelt. Wir haben in den letzten 10 Jahren erlebt, dass sehr viele Bundesländer gleichzeitig allgemeine Gebühren ein-

geführt haben. Und natürlich gibt es immer mal wieder Bemühungen von Landesregierungen weitere Formen von Studiengebühren einzuführen. So will Bayern zum Beispiel Studierende von berufbegleitenden Studiengängen für die kompletten Kosten ihres Studiums aufkommen lassen. Aber in den letzten 2 Jahren ist ein Trend zur Gebührenfreiheit und somit zur Gebührenabschaffung zu sehen. So haben Hessen und das Saarland bereits die Studiengebühren abgeschafft und die Landesregierung in NRW hat einen Antrag auf Abschaffung dieser eingereicht. Es sieht also alles eher danach aus, dass Studiengebühren an sich ein gescheitertes Mittel der neo-liberalen Hochschulpolitik sind und bald ganz abgeschafft werden.

Im Vorfeld der Landtagswahl am 27. März wird es in Baden-Württemberg mehrere übergreifende Aktionen zu den Themen Bildungspolitik geben. Unter anderem wird es am 26. Januar eine bundesweite Demo gegen Studiengebühren in Karlsruhe geben. Am 26. Januar 2005 wurde am Karlsruher Bundesverfassungsgericht entschieden, dass Studiengebühren Ländersache sind und damit direkt der Weg zu deren Einführung geebnet.

Mehr Informationen zum ABS gibt es auf www.abs-bund.de.

Präsidium im Gespräch: Hippler im Z10

„Das Ding heißt natürlich Ka-I-Te“

von Benjamin Kobrinski

Es ist schon fast zu einer Tradition geworden: Der UStA lädt den Rektor beziehungsweise einen Präsidenten des KIT einmal im Semester in das Z10 ein und dieser stellt sich dort den Fragen der Studierenden. Dieses Semester war es am 27. Oktober wieder soweit. Gegen 19:30 Uhr erreichte KIT-Präsident Horst Hippler das Z10 und traf dort auf ein mit interessierten Studierenden gefülltes Cafe. Nachdem die Mikrophone aufgebaut und das Bier bestellt war, nahm er auf dem Bühnensofa Platz um die Fragen der Anwesenden zu beantworten.

Einige dieser Fragen waren gute Bekannte: Die Studiengangsumstellung auf das Bachelor-Master-System beispielsweise beschäftigt die Studierenden auch weiterhin. Zentral ist dabei vor allem die Frage, ob die Bachelor-Studierenden befürchten müssen, nach ihrem Abschluss am KIT keinen Masterplatz zu bekommen: „Befürchten muss man leider vieles. Wir gehen aber davon aus, dass jeder der bei uns durch den Bachelor kommt, auch einen Masterplatz bekommt, gerade in den MINT-Fächern. In den anderen Fächern sieht das etwas anders aus.“ Herr Hippler sieht dabei allerdings auch die anderen Universitäten und das Ministerium in der Pflicht: „Es gibt

die Diskussion, wie man die Kapazitäten aufteilt zwischen Bachelor und Master, und die ist heftig.“ Auf die Frage, ob es möglich ist, Masterabsolventen den Titel Diplom zu verleihen, meinte er „Wir versuchen eine Möglichkeit zu finden um zu zeigen, dass die Ausbildung zum Master mindestens so gut ist wie bisher die zum Diplomingenieur und würden daher gerne unsere Master auch mit diesem Titel versehen. Mit welchem pragmatischen Weg dies funktionieren kann, wird sich zeigen.“

Ein weiteres bekanntes Thema sind die Studiengebühren: „Wir am KIT brauchen die Studiengebühren

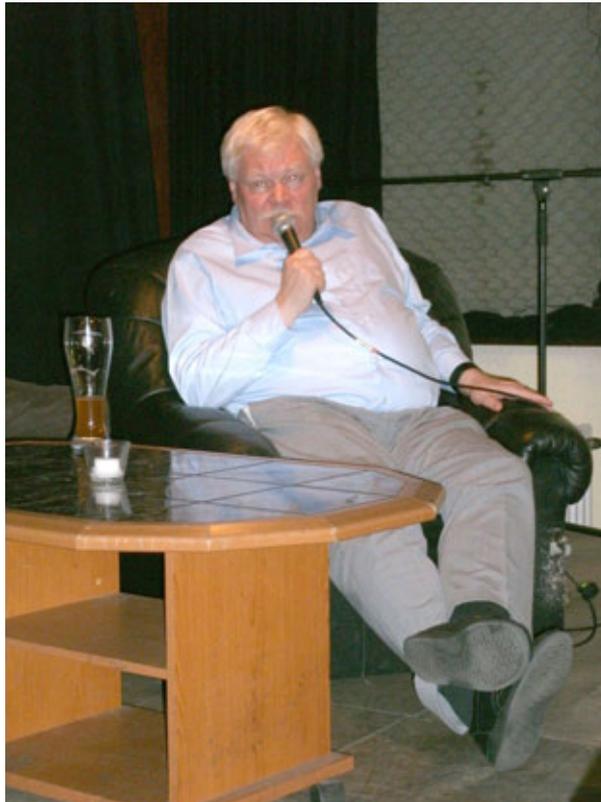
tatsächlich, um wirklich Qualität von Lehre garantieren zu können. Wenn sie mich fragen, diese 500 € können niemandem wirklich weh tun“. Wichtig sei im Bezug auf die Studienfinanzierung das kommende Deutschlandstipendium: „Ich finde es sehr wichtig, dass überhaupt ein Einstieg passiert in ein Stipendienmodell. Ohne ein Stipendienmodell hätte man eigentlich Studiengebühren gar nicht einführen dürfen. Wie es jetzt kommt, ist ein Kompromiss und wie der funktioniert, wird sich erst noch zeigen.“ Die soziale Komponente will er allerdings bei der Vergabe nicht berücksichtigen, sondern appelliert an die Stipendiaten selbst: „Für die soziale Komponente gibt es BAföG. Meiner Meinung nach kann es nur nach Leistung gehen, allerdings würde ich gerne an die Moral der Empfänger der Stipendien appellieren, dass sie wenn sie das Stipendium nicht nötig haben den Betrag weiterreichen. Wichtig ist, dass die Auszeichnung bleibt.“

Einer der Schwerpunkte am Abend waren die Erfahrungen mit einem Jahr Fusion zwischen Universität und Forschungszentrum und das Selbstbild des KIT. „Wir sind gar keine Universität, wir sind viel mehr. Wir sind eine einzigartige Einrichtung, die die Aufgaben einer Universität wahrnimmt und die Aufgaben eines Forschungszentrums wahrnimmt.“ Allerdings „läuft beim Zusammenbringen zweier Einrichtungen nicht immer alles ganz weich.“ So wies Herr Hippler auf die unterschiedliche Arbeitsweisen und Traditionen der Einrichtungen und die daraus entstehenden Differenzen bei der Zusammenlegung hin. Auch hätte sich das Präsidium eine schnellere Klärung rechtlicher Fragen gewünscht, vor allem in Fragen der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit: „Der Weg zur Autonomie, wie wir sie uns vorstellen, ist noch mit einigen Hindernissen gepflastert.“ Auf die Frage, wie er persönlich die Fusion erfahren hat, meinte er „Ich habe sie so erfahren, dass ich keine Freizeit mehr habe“ und dass er aufpassen

muss, „nicht wie ein Universitätsrektor, sondern wie ein KIT-Präsident“ zu reden.

Als nächster großer Punkt in der Geschichte des KIT steht die zweite Runde der Exzellenzinitiative an. Herr Hippler erläuterte dazu den aktuellen Stand, welcher sich aber noch in der Planungs- und Entwurfsphase befindet. „Es passiert eine ganze Menge, aber vorhersehen kann keiner etwas.“ Vor allem sollen in dem neuen Konzept die beiden Teile des KIT noch

kürzung der Gymnasialzeit und die Aussetzung der Wehrpflicht. Vor allem wird sich die schon jetzt existierende Raumknappheit weiter verschärfen: „Ideen gibt es viele, aber kein Geld. Das wird eng werden in den nächsten Jahren, das ist sicherlich so. Wir werden wahrscheinlich ausweichen müssen auf den Samstag mit Lehrveranstaltungen, ich weiß das hört niemand gern. Wir werden auch Säle anmieten müssen, ich glaube in der Schauburg gibt es vormittags auch keine wirklich guten Vorführungen.“



Weitere angesprochene Themen waren die Betreuung von Studierenden mit Kind, bei der Herr Hippler vor allem das Studentenwerk in der Verantwortung sieht, sowie die finanzielle Situation des KIT, welche an eben diesem Tag auch in einer lokalen Tageszeitung thematisiert wurde. Etwas hitziger wurde die Diskussionen bei der Frage, ob Studierenden mehr Mitsprache und Entscheidungsrecht in Universitätsgremien, zum Beispiel bei der Vergabe der Studiengebühren, gegeben werden könnte: „Mitzudiskutieren ist das eine, die Entscheidungskompetenz muss aber beim Präsidium liegen“.

Nach etwa zwei Stunden Fragen und ausführlichen Antworten klärte Herr Hippler abschließend auch noch, wie man denn nun das KIT richtig ausspricht: „Das Ding heißt natürlich auf Deutsch Ka-I-Te, das heißt auf Englisch Key-Ai-Tih und das heißt auf gut Badisch Kitt.“

näher zusammenrücken: „Am Konzept wird im nächsten halben Jahr sehr viel passieren und ich glaube nicht, dass wir überzeugen können mit einem Status Quo, der die Trennung von Großforschung und Universität so vorschreibt, wie das bisher der Fall war.“ Auch die Organisation in Fakultäten wird dabei in Frage gestellt: „Fakultäten sind ja keine heilige Struktur und nicht gottgegeben. [...] Allerdings brauchen wir weiterhin die fachliche Heimat und wir brauchen insbesondere eine Verantwortung für die Bachelorausbildung, aber das muss nicht unbedingt Fakultät heißen“.

Ein weiteres Thema, welches in der nächsten Zeit auf das KIT zukommen wird, sind die hohen Bewerberzahlen in den nächsten Jahren durch die Ver-

Auch nachdem die Mikrofone abgestellt wurden, setzte sich Herr Hippler noch zu den Studierenden an den Tisch und diskutierte in kleinerer Runde über verschiedene Themen aus dem Universitäts- und Studiumsumfeld. Auch diesmal stand am Ende wieder die Zusage, das „Präsidium im Gespräch“-Konzept weiterführen zu wollen. Die nächste Fragerunde wird es Anfang des Sommersemesters 2011 geben, dann vermutlich mit der anderen Hälfte des KIT-Präsidiums: Eberhard Umbach, KIT-Präsident und ehemaliger Vorsitzender des Forschungszentrums Karlsruhe.

Hochschulgruppen stellen sich vor

SMD - denken. glauben. erleben.

Wir sind Studierende verschiedener Hochschulen, Konfessionen und Schuhgrößen. Uns verbindet der Glaube an unseren Herrn Jesus Christus und wir haben es uns zur Aufgabe gesetzt, ihn an den verschiedenen Hochschulen in Karlsruhe zu bezeugen. Daher entstammt auch unser Name - Studentenmission in Deutschland (SMD). Mission bedeutet für uns, unseren Glauben offen und authentisch zu leben und christliche Themen an den Karlsruher Hochschulen zum Gesprächsthema zu machen, getreu dem Motto „denken. glauben. erleben“. Als Hochschul-SMD Karlsruhe gehören wir damit zu einem deutschlandweiten Netzwerk von Christen in Schule, Hochschule und Beruf.

Jeden Dienstag treffen wir uns um zu singen, in der Bibel zu lesen, zu beten, zu hören, wie es den anderen gerade so geht, gemeinsam zu essen und vieles mehr. Regelmäßig organisieren wir außerdem Vorträge und



Aktionswochen an der Uni, mit denen wir unseren Mit-Studenten Gelegenheit bieten wollen, über Jesus nachzudenken und ihm zu begegnen.

Als Anlaufstelle für Interessierte am christlichen Glauben, sowie an der SMD, steht jeden zweiten Mittwoch der Büchertisch in der Mensa am Adenauerring (KIT Campus Süd) zur Verfügung.

Für internationale Studenten bieten wir im Rahmen unserer in-

ternationalen Arbeit ein reichhaltiges Programm an, das von einem Deutschkurs bis hin zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten reicht. Wir möchten ihnen gerne helfen, dass sie in Karlsruhe eine wunderschöne Studienzeit erleben.

Nimm doch einfach Kontakt zu uns auf (www.smd-karlsruhe.de) und schau mal unverbindlich rein, du bist jederzeit herzlich willkommen!

In der Reihe „Hochschulgruppen stellen sich vor“ präsentieren sich in jedem UMag einige der über siebzig vom UStA anerkannten Hochschulgruppen.

Wenn ihr als Hochschulgruppe auch hier erscheinen wollt, meldet euch per Mail an umag@usta.de.

Für die Inhalte dieser Rubrik sind ausschließlich die jeweiligen Hochschulgruppen verantwortlich.

Beitragsmarken

Seit der Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (Siehe Seite 11) verfügt die Studierendenschaft über keine eigenen finanziellen Mittel mehr. Dadurch sind wir auf Spenden angewiesen, um unsere Arbeit fortzuführen und unsere Beratungs- und Serviceangebote sowie eine angemessene studentische Interessenvertretung garantieren zu können

Mit dem Kauf einer Beitragsmarke unterstützt du die Studierendenschaft mit einer Spende von 4€. Erhältlich sind die Beitragsmarken im UStA-Büro oder in den Fachschaften.

Mehr Informationen zur Beitragsmarke findest du zum Beispiel unter

www.usta.de/btm



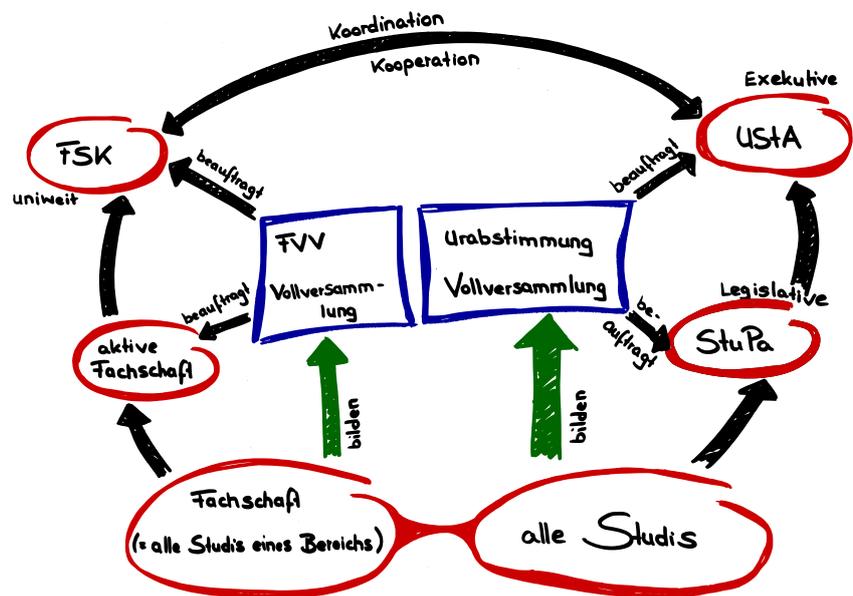
Wahlen zum Studierendenparlament im Januar

Deine Stimme ist gefragt!

von Benjamin Kobrinski

Du willst aktiv Hochschulpolitik mitgestalten? Du willst deine Meinung und Ideen in die Studierendenschaft einbringen? Oder du findest die momentane Arbeit im unabhängigen Modell unzureichend oder falsch ausgerichtet?

Dann ist wie immer eine Wahl der richtige Hebel, um etwas zu verändern. Vom 17. bis 21. Januar finden die unabhängigen Wahlen der Studierendenschaft statt. Darin werden die Fachschaftssprecher, das Studierendenparlament sowie die zukünftige Frauen- und AusländerInnen-ReferentIn gewählt. Bis zum 22. Dezember habt ihr Zeit euch oder eure Liste für diese Wahl aufzustellen.



Was ist das StuPa?

Das Studierendenparlament (StuPa) ist das legislative Organ der Studierendenschaft. Würde man die Studierendenschaft mit der Bundesrepublik Deutschland vergleichen, entspräche dies dem Bundestag. Damit ist das StuPa das höchste beschlussfassende Gremium der Studierendenschaft. Als solches werden im StuPa die inhaltlichen, uniweiten Entscheidungen getroffen, die Vertreter für unweite Gremien (beispielsweise Senatskommissionen) gewählt und das weitere Vorgehen der Studierendenschaft koordiniert. Insbesondere wählt das StuPa den UStA, die Exekutive der Studierendenschaft, und beschließt dessen Arbeitsprogramm.

Wie arbeitet das StuPa?

Das StuPa besteht aus 25 gewählten Abgeordneten. Diese setzen sich aus den verschiedenen Listen zusammen, die bei den unabhängigen Wahlen antreten. Das StuPa wählt aus seiner Mitte ein dreiköpfiges Präsidium, welches die Sitzungen leitet. Das StuPa trifft sich normalerweise alle zwei Wochen zu einer Sitzung. Wie bei allen Gremien des U-Modells sind die Sitzungen öffentlich. Alle Anwesenden haben Rederecht, das Antragsrecht ist allerdings auf StuPa-Mitglieder, UStA-Referenten und Fachschaftssprecher eingeschränkt. Im Normalfall teilt sich eine StuPa-Sitzung in die drei Teile Formalia (Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Protokolle...), Berichte (z.B. aus Senatskommissionen, Gremien, UStA...) sowie inhaltliche Tagesordnungspunkte.

Wie kommt man ins StuPa?

Jedes Mitglied der Studierendenschaft – also alle am KIT eingeschriebenen Studenten – hat das passive Wahlrecht, kann sich also für die Wahlen zum StuPa aufstellen lassen. Wenn du also Interesse hast inhaltlich in der Studierendenschaft mitzuwirken und dich einzubringen, dann hast du hier die Möglichkeit dazu. Bei Interesse kannst du dich einfach im UStA oder beim Wahlausschuss (wahl@usta.de) melden. Wenn du dir erst einmal selbst ein Bild vom StuPa machen willst, dann komm einfach zur nächsten Sitzung vorbei. Die StuPa-Termine findest du regelmäßig im Kalender auf www.usta.de.

Wählen gehen!

Wahlen der Studierendenschaft: 17. - 21. Januar 2011

Studiengebühren-Verwendung

Nix zu verschenken.

Wenn es um Geld geht, tut Transparenz Not. Das gilt auch und ganz besonders natürlich für die Studiengebühren – unabhängig davon, wie man politisch dazu steht, dass es sie gibt. Leider hat das KIT hier ein leichtes Informationsdefizit. So besteht die gesamte Information über die Verwendung der Gebühren im laufenden Jahr aus zwei DIN A4-Seiten, und das für eine Summe von immerhin 11 Millionen Euro. Dieser Artikel soll zumindest ein wenig Licht ins Dunkel bringen.

Dazu müssen wir erstmal ein paar grundlegende Dinge erklären, unter anderem wie die Verteilung überhaupt funktioniert. Die Studiengebühren werden immer für ein ganzes Jahr verteilt, und zwar für ein Sommer- und das darauf folgende Wintersemester. Verteilt wird zunächst in zwei große Töpfe, einen zentralen für Einrichtungen wie das Rechenzentrum und die Unibib und einen für die Fakultäten. Die Aufteilung zwischen diesen beiden Töpfen ist 43 %/57 %. Damit standen den zentralen Ein-

richtungen 4,7 Mio. € zur Verfügung und den Fakultäten 6,2 Mio. Diese Gelder werden nach zwei Faktoren verteilt, beide beziehen sich auf die sogenannten „dienstleistungsmodifizierten Studierenden“ (siehe Kästen). Für Exkursionen, Tutorien etc. (2 Mio. €) werden nur die Studierenden in den ersten vier Fachsemestern ein-

bezogen, für die übrigen Mittel alle Studierenden.

Die Fakultäten entscheiden über ihre Mittelverwendung in Zielvereinbarungsgesprächen mit der Univerwaltung. Da dabei auch immer ein Student beteiligt sein muss, weiß eure Fachschaft dazu sicher Bescheid.

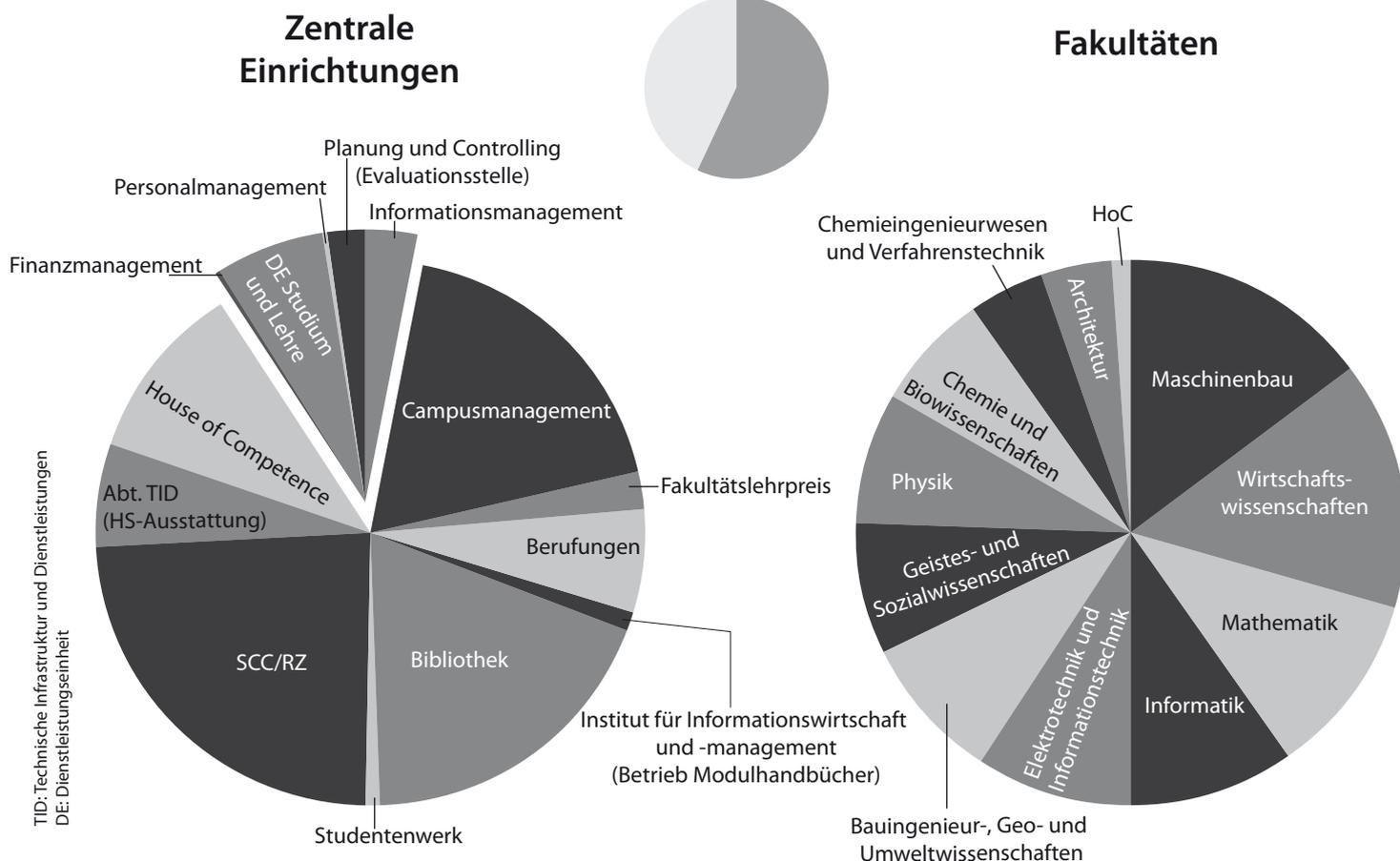
Stichwort: Dienstleistungsmodifizierter Studierender

Dienstleistungsmodifiziert ist ein Studierender dann, wenn seine Lehrveranstaltungen den Fakultäten zugerechnet werden, die sie anbieten – normal werden Studierende nämlich zu 100 % der Fakultät zugeschlagen, an der sie studieren. Mit der Dienstleistungsmodifizierung erhalten die Fakultäten entsprechende Anteile an dem Studenten, gerechnet auf sein ganzes Studium oder einen Abschnitt davon. Diese Anteile führen dann dazu, dass Fakultäten, die Lehrveranstaltungen exportieren, „virtuell“ entsprechend mehr Studenten haben.

Beispiel:

Fakultäten A, B und C
 Studiengänge X (100 Studierende), Y (200 Studierende) und Z (400 Studierende)
 Studiengänge X und Y werden komplett von den Fakultäten A bzw. B angeboten. Diese haben damit 100 (A) bzw. 200 (B) „reale“ Studenten. Studiengang Z wird zu 75 % von Fakultät C angeboten, 20 % übernimmt Fakultät A, 5 % Fakultät B. Damit sind die dienstleistungsmodifizierten Studierenden so aufgeteilt:

- 180 Fakultät A (100 eigene + 20 % von 400 aus Studiengang Z)
- 220 Fakultät B (200 eigene + 5 % von 400 aus Studiengang Z)
- 300 Fakultät C (75 % von Studiengang Z)



Gebührenfreunds Märchen

Warum Studiengebühren eigentlich nichts zur Verbesserung der Lehre tun können. Ein Kommentar.

von Andreas Wolf

Was hat man 2007 nicht alles versprochen. Es wird alles besser werden, die Gebühren machen uns Studierende zu Kunden, die endlich Verbesserungen auch einfordern können und sich nicht mehr mit schlechter Lehrqualität abspeisen lassen müssen. Das Geld kommt nur den Hochschulen zu Gute, es wird nichts umgeschichtet. Und sowieso wird es natürlich der Verbesserung der Lehre dienen. Dazu ist das Ganze natürlich sozialverträglich – und wer sich die Gebühren partout nicht leisten kann, für den hält die landeseigene L-Bank ja einen „günstigen“ Kredit bereit.

Soweit also die Märchenwelt der Gebührenbefürworter anno 2007. Geändert hat sich an den Aussagen bis heute nicht viel. Die Landesregierung bleibt dabei: Alles in bester Ordnung. Wirklich? Bei näherer Betrachtung können einem da schon Zweifel kommen. So ignoriert das Präsidium regelmäßig die Wünsche der Studierenden bei der Verteilung der Gelder – und von einer *Verbesserung der Lehre* kann man auch nur sprechen, wenn man die Augen ganz fest zukneift. Exemplarisch kann man hier das neue Mailsystem für die Studierenden sehen. Gekostet hat es die Kleinigkeit von 500.000 € – inoffiziell hört man auch etwas von 600.000 –, der Nutzen ist bestenfalls fragwürdig. Zwar haben wir jetzt alle deutlich mehr Speicherplatz als früher (500 statt 80 Megabyte), aber seit nunmehr anderthalb Jahren funktioniert das Einrichten von Weiterleitungen gar nicht¹⁾ und das Konfigurieren des Spamfilters nur mit dem Internet Explorer. Wer kein Windows hat, hat also Pech gehabt.

Ich könnte jetzt noch eine Weile so weiter machen. Bei der Verwendung der Gebühren fehlt es nämlich eigent-

lich an allem, vor allem aber an der Transparenz. So gibt es wie erwähnt keine ordentlichen Verwendungsberichte. Auch die Anträge sind oft bestenfalls mangelhaft, und einige Einrichtungen wollen auch partout nicht mit genaueren Informationen rausrücken, wofür sie das Geld eigentlich genau ausgeben – und wie sie die Sachen bisher bezahlt haben. Es ist ja keineswegs so, dass die Gebühren zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden müssen. Davon steht auch keine Silbe im Landeshochschulgebührengesetz (LHGebG). Das Geld muss nur für die Lehre eingesetzt werden – da können sie aber durchaus andere Gelder ersetzen. Man kann also so still und leise den Einsatz des Landes bei der Lehre reduzieren, ohne dass es jemand merkt.

Den Stellenwert eben dieser Lehre innerhalb des KIT kann man auch schön daran ablesen, dass der Fakultätslehrpreis – mit je 10.000 € dotiert und von jeder Fakultät jährlich vergeben – seit ihrer Einführung komplett aus Studiengebühren finanziert wird. Versuche, das zu ändern, werden regelmäßig vom Präsidium abgeschmettert. Immerhin kommt das Geld so der Lehre zu Gute...

Aber selbst die Zweckbindung für die Lehre ist faktisch nicht mehr als ein Gummiparagraph. Wie sonst kann man es erklären, dass die jahrelange Förderung für das Projekt „Karlsruher Integriertes Informationsmanagement“ (KIM) zu einem guten Teil aus Studiengebühren bestritten wurde. Insgesamt wurden seit 2007 so über zwei Millionen Euro für das Projekt ausgegeben, ohne dass ein auch nur annähernd adäquates Ergebnis dabei herausgekommen wäre. Im Gegenteil war es Resultat des Projektes, dass man ein neues Campus-Management-System benötigt. Die bisherigen Systeme sind nämlich nicht flexibel genug, um von KIM integriert zu werden. Auch dieses neue System wird aus Studiengebühren teilfinanziert, immerhin 800.000 € im Gebührenjahr 2010/11. Der ursprüngliche

Antrag sah sogar vor, die Kosten von 1,6 Millionen Euro in 2010 komplett aus Studiengebühren zu finanzieren – darunter auch die Beratung der Verwaltung bei ihrer eigenen Neuorganisation. Diesen Wahnsinn konnten wir in der Kommission zum Glück noch verhindern.

Nun legt die Universität solche Kreativität bei der Mittelverwendung ja nicht nur aus bösem Willen an den Tag. Sie wird viel eher vom Land seit Jahren systematisch dazu gezwungen. Seit 1996 gilt nämlich der sogenannte Solidarpakt zwischen den Hochschulen und dem Land (nicht zu verwechseln mit dem Aufbau-Ost-Soli). Dieser sieht vor, dass die Sachmittel der Universitäten eingefroren werden und bei den Personalmitteln das Land die Steigerungen durch Tarifierhöhungen übernimmt.

Klingt eigentlich nach einem fairen Deal und wird auch genau so verkauft. Dummerweise wurde parallel massiv Personal abgebaut, so dass das Land auch hier spart. Außerdem schlägt die Inflation bei den Sachkosten voll durch – immerhin 20 % seit 1996 laut Statistischem Bundesamt. De facto kürzt das Land also seit Jahren beständig den Hochschulen die Mittel. Diese müssen das dann über Drittmittel ausgleichen – das funktioniert hier in Karlsruhe halbwegs gut. Allerdings dürfen diese Drittmittel meistens nicht für die Lehre eingesetzt werden. Man braucht also doch wieder die Studiengebühren zum Ausgleichen.

Die Studiengebühren sind also von vorne bis hinten eine komplette Farce, die nur das Geld wieder reinbringen, das das Land in der letzten Zeit gekürzt hat. So lenken sie von der Unfähigkeit der Landesregierung ab, endlich die Universitäten angemessen zu finanzieren. Die soziale Ungleichheit der Gebühren sollen dann Schimären wie die Geschwisterregelung abfedern. Und das alles auf Kosten des Bildungssystems, das die einzige Ressource produziert, die Deutschland wirklich hat: Kluge Köpfe.

¹ Was das RZ anbietet, sind keine Weiterleitungen im eigentlichen Sinn, sondern eine Weiterleitung, die die Mails verstümmelt – de facto kann man also seine Mails nicht richtig weiterleiten lassen.

Überhaupt sind die Fachschaften für die Verwendung in den Fakultäten die richtigen Ansprechpartner, sie können auch Vorschläge und Kritik weiterleiten.

Geregelt wird das alles von der Senatskommission zur Verteilung der Studiengebühren. In dieser sind neben Professoren und Mittelbauern auch drei Studierende, die vom StuPa entsandt werden. Die Kommission ist allerdings nur beratend, wir können also mehr oder weniger beschließen, was wir wollen – die endgültige Entscheidung trifft der Aufsichtsrat auf Vorschlag des Präsidiums. Die Studierenden werden dort nicht angehört. Das nennt sich dann „Benehmen“, das mit den Studierenden hergestellt werden muss („Über die Verwendung der Einnahmen ist [...] im Benehmen mit einer Vertretung der Studierenden zu entscheiden“).

Trotzdem können wir über die Kommission etwas Einfluss ausüben und vor allem sicherstellen, dass wir Informationen zur Verwendung der Gebühren bekommen. Die öffentlich gemachten Informationen sind nämlich mehr als dürftig. Derzeit bestehen sie lediglich aus einer Aufschlüs-

selung, welche zentrale Einrichtung bzw. welche Fakultät wie viel Geld bekommt. Wir sind aber bereits in Gesprächen mit der Verwaltung, wie die Informationslage zur Gebührenverwendung verbessert werden kann.

Nun nochmal zum Einsatz der Gebühren: Wie man aus der Grafik sehen kann, fließen die zentralen Mittel zu mehr als der Hälfte in drei Einrichtungen: das SCC, die Bibliothek und das House of Competence. Davon werden zum Beispiel Bücher für die Lehrbuchsammlung und e-Books, neue Server und Poolraum-Ausstattung oder die kostenlosen Sprachkurse finanziert. Außerdem wird die Vorlesungsevaluation mit ca. 100.000 € unterstützt – außer dem Leiter der Evaluationsstelle werden das gesamte Personal und die Druckkosten für die Bögen aus Studiengebühren bezahlt.

Insgesamt wird die Universitätsverwaltung mit über 420.000 € unterstützt; teilweise kommen diese Stellen auch wieder direkt der Lehre zu Gute, wie zum Beispiel beim Zentrum für Information und Beratung (zib). Ein Teil versickert aber auch im allgemeinen Universitätshaushalt – wie die Stelle

zur Verbuchung der Gebühren in der Finanzbuchhaltung. Diese Entwicklung war natürlich absolut absehbar, angesichts der Tatsache, dass das Land in den letzten Jahren immer mehr Stellen gestrichen hat und die Verwaltung dank der Exzellenz-Projekte ohnehin bis zur Schmerzgrenze belastet wird.

Ein Posten, in den wir noch weniger Einblick als in die übrige Verwendung haben, sind die Berufungsmittel. Diese genehmigt Präsident Hippler sich selbst als Verhandlungsmasse für Neuberufungen und Bleibeverhandlungen von Professoren. Auskunft darüber, für was diese Mittel verwendet werden, gibt es nicht – die Daten sind geheim...

Gegen diese äußerst besch...eidene Informationspolitik hilft nur eines: Verbesserungen einfordern! Wir werden an dieser Sache auch weiter dranbleiben. Ihr seid aber genauso auch gefordert, Euch zu informieren, was mit Eurem Geld passiert – wenn Druck von der Öffentlichkeit kommt, können wir Verschwendung hoffentlich verhindern!

Bundesweite Demonstration gegen Bildungsgebühren in Karlsruhe

Am 26.01.2005 strich das Bundesverfassungsgericht das Verbot von allgemeinen Studiengebühren aus dem Hochschulrahmengesetz und erklärte die von den Länderregierungen auferlegten Beschränkungen des Rechtes auf freie Meinungsäußerung von Studierendenschaften für zulässig. Aus diesem Grund richtet der UStA am 26.01.2011 in Karlsruhe eine bundesweite Anti-Bildungsgebühren-Demonstration aus, zu der wir mehr als 5000 Menschen erwarten.

Vor der Landtagswahl am 27.03.2011 ergibt sich die für Baden-Württemberg bisher einmalige Situation, dass nicht im Voraus klar ist, wer nach der Wahl die Regierung stellen wird. Mit der Demonstrati-

on am 26.01. können wir das Thema Studiengebühren auf die landespolitische Agenda setzen und dafür sorgen, dass eine ggf. gewählte neue Landesregierung ihre Versprechen im Bildungsbereich auch wirklich hält. Wir müssen den WählerInnen im Land deutlich machen, wie unsozial und gefährlich für unser Land Studiengebühren sind.

Bereits jetzt ist absehbar, dass es bei 500 € pro Semester nicht bleiben wird. In Bayern wird gerade ein Gesetzentwurf vorbereitet, der Gebühren von bis zu 2500 € ermöglicht. An den Fachhochschulen in Baden-Württemberg sowie in den Weiterbildungsstudiengängen und den Privatuni-Ausgründungen des KIT

sind schon heute teilweise deutlich höhere Gebühren üblich. Das Schröpfen der Studierenden, während das Land die Hochschulen gleichzeitig finanziell ausbluten lässt, muss ein Ende haben!

Wenn du dich an der Organisation der Demonstration beteiligen möchtest, melde dich unter info@usta.de oder komme auf einen Kaffee im UStA vorbei.

Links:

- www.usta.de
- www.abs-bund.de
- www.bildungstreik.net
- www.fzs.de

Der UStA-Kulturkalender

November

- Sa, 27.11. Photoworkshop für Anfänger AKK | 14.00 Uhr
Konzert. Carlos Mogutseu + LAK
AKK | 20.00 Uhr
Auftritt des KIT-Kammerchors
Evang. Stadtkirche Durlach | 20.00 Uhr
So, 28.11. Queerbeet-Chor & Friends Z10 | 18.00 Uhr

Dezember

- Mi, 01.12. Welt-Aids-Tag-Krümel Z10 | 20.00 Uhr
AFK-Kino: *Der fremde Sohn*
Hertz-HS | 20.00 Uhr
Do, 02.12. Der mächtige Kassierer-Schlonz AKK | 20.00 Uhr
VAdUK-Treffen – Videowerkstatt
Stud. Kulturzentrum | 19.00 Uhr
Winterfest der FS Chemie Bio
vor HS Neue Chemie | 21.00 Uhr
Fr, 03.12. Loveparade-Krümel Z10 | 20.00 Uhr
Sa, 04.12. Schalldruck – D'n'B-Party AKK | 20.00 Uhr
Wüst n Rot (Lesung) Z10 | 20.00 Uhr
Mo, 06.12. Do, 09.12. UStA-Winterwoche
vor dem AKK | 11.00-16.00 Uhr
Eulenfest der FS Mathe/Info
an den Info-Bauten | 20.00 Uhr
Di, 07.12. UStA-Oster-Schlonz AKK | 20.00 Uhr
Mo, 08.12. AFK-Kino: *Antichrist* Hertz-HS | 20.00 Uhr
Do, 09.12. „Bright-Side-of-the-Dark-Side ...“-Schlonz
AKK | 20.00 Uhr
Fr, 10.12. AKK-Winterfest – metallisch rockende Kapellen
AKK-Halle | 20.00 Uhr
Persien-Krümel Z10 | 20.00 Uhr
Sa, 11.12. AKK-Winterfest – Industrial/Noise
AKK-Halle | 20.00 Uhr
Auf hoher See – Theaterstück
Festsaal im Studentenhaus | 20.00 Uhr

Januar 2011

- Di, 04.01. Liveschlonz: Skatsisters & Loveli Anarchie
Sound Crew AKK | 20.00 Uhr
Do, 06.01. Heilige-drei-Könige-Schlonz AKK | 20.00 Uhr
So, 09.01. Café XXX Z10 | 20.00 Uhr
Mo, 10.01. AFK-Kino: *(500) Days of Summer*
Hertz-HS | 20.00 Uhr
Di, 11.01. Chiptunes-Schlonz | AKK | 20.00 Uhr
Mi, 12.01. AFK-Kino: *(500) Days of Summer*
Hertz-HS | 20.00 Uhr
Do, 13.01. Tischtennisrundlauf-Schlonz AKK | 20.00 Uhr
Fr, 14.01. *Cluedo-Krimi*-Krümel Z10 | 20.00 Uhr
Winterfest der FS ETEC AKK | 21.00 Uhr

„Schmitz' Katze“-Special – Improtheater
Festsaal im Studentenhaus | 20.00 Uhr

- Mo, 29.11. AFK-Kino: *Der fremde Sohn* Hertz-HS | 20.00 Uhr
Di, 30.11. Länderabend-Schlonz AKK | 20.00 Uhr

Sa, 11.12. Workshop: *Tango Argentino für Fortgeschrittene*
AKK | 13.00 Uhr

So, 12.12. Café XXX (Party) Z10 | 18.00 Uhr
Auf hoher See – Theaterstück
Festsaal im Studentenhaus | 20.00 Uhr

Mo, 13.12. AFK-Kino: *Up in the air* Hertz-HS | 20.00 Uhr
Di, 14.12. Werwölfe-von-Düsterwald-Schlonz
AKK | 20.00 Uhr

Auf hoher See – Theaterstück
Festsaal im Studentenhaus | 20.00 Uhr

Mi, 15.12. AFK-Kino: *Up in the air* Hertz-HS | 20.00 Uhr
Auf hoher See – Theaterstück
Festsaal im Studentenhaus | 20.00 Uhr

Do, 16.12. Irland-Schlonz AKK | 20.00 Uhr
Winterfest der HS für Musik HfM | 21.00 Uhr

Fr, 17.12. HaDiKo-Winterfest Hadiko | 20.00 Uhr
Jam-Session Z10 | 20.00 Uhr

Sa, 18.12. Kleinmeister (Konzert) Z10 | 20.00 Uhr
Massage-Workshop AKK | 11.00 Uhr

Di, 21.12. Bad-Taste-Night-Schlonz AKK | 20.00 Uhr

Fr, 24.12. WEIN-Nachts-Feier aller Heimatlosen
AKK | 20.00 Uhr

Dauids Weihnachtsausschank mit Filmen
Z10 | 20.00 Uhr

Do, 30.12. Alles-Finstere-Schlonz AKK | 20.00 Uhr

Sa, 15.01. Sonderveranstaltung: *Desperate Jungle Vibes*
AKK | 20.00 Uhr

So, 16.01. Workshop: Führungsakademie AKK | 11.00 Uhr
Schmitz Katze (Improtheater) Z10 | 20.00 Uhr

Mo, 17.01. Musikcafé: im:puls (Konzert) Z10 | 20.00 Uhr

Di, 18.01. Randgruppenwitze-Schlonz AKK | 20.00 Uhr

Do, 20.01. *Freunde der elektronischen Tanzmusik*-Schlonz
AKK | 20.00 Uhr

So, 20.01. WiWiWi - Winterfest der FS WiWi
WiWi-Bauten | 20.00 Uhr

Fr, 21.01. *Porno mit Handlung*-Krümel Z10 | 20.00 Uhr

mittel

4		5					7	
	1		4	7	5		9	3
9			2		6			
6				2		1		5
1		3		9				7
			5		3			8
3	7		1	4	2		5	
	4					3		2

9				8	3		6	1
	7				1	4		
1	8		9	6				5
			3				4	6
	6			9			7	
3	5				6			
5				1	9		3	7
		8	5				1	
7	1		6	3				4

schwer

4	8	3	9					
	1		7	4				
6								
1				2	7		4	3
	7						5	
2	3		1	8				6
								5
				3	9		8	
					2	1	3	7

	5				3			
6	4							
		2	6			7	5	
	7	6	9		4		1	8
	2	4				5	7	
1	8		7		5	9	4	
	3	9			6	1		
							2	9
			4				3	

sehr schwer

	9		4		1			
		6			8	3		5
1	8	2					9	4
				7	9			
	2						7	
			6	2				
2	6					4	5	1
4		3	1			2		
			9		2		3	

	1	2		3				
3	5		4			6	2	
	4	6	7			3		
				4	1			5
	7						4	
5			3	9				
		8			3	5	7	
	2	5			4		3	6
				5		2	9	